

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche vom 5.—10. Novbr. 50 Mark. Einzelverkaufspr. 8,5 Millionen Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.  
926 nur Geschäftsstelle.



# Lübecker

# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 253.

Montag, 5. November 1923.

30. Jahrgang.

## Der Wanderer ins Verderben.

Dr. L. Lübeck, 5. November.

Stresemann ist gescheitert! Gewogen, geprüft und zu leicht befunden.

Stresemann war seit Jahren der Herold der großen Koalition. Politische Arbeitsgemeinschaft des Kapitals mit den Gewerkschaften hieß sein Programm. Opfer auf beiden Seiten sollten diesem Ziel gebracht werden.

Stresemanns Politik schoß in die Frucht, als Cunos wind-schiefes Kartenhaus in sich selbst zusammenbrach. In Stuttgart hatte der hereditäre Führer der Volkspartei der Sozialdemokratie das kühne Wort entgegengeschleudert: Stellt uns auf die Probe, und Ihr werdet Beweise unseres guten Willens sehen.

Nie haben wir an Stresemanns gutem Willen gezweifelt. Aber der gute Wille allein genügt im heutigen Deutschland nicht; rücksichtslos-brutale Entschlossenheit sich durchzusetzen ist viel wichtiger. Durchzudringen oder zu fallen, nur das kann eines deutschen Staatsmannes der Gegenwart Lösung sein.

Wir haben von allem Anfang an die Fähigkeit Stresemanns, seine Fraktion auf dem Wege einer entschlossenen republikanisch-demokratischen Politik Seite an Seite mit der Sozialdemokratie mitzureißen, bezweifelt. Deshalb war die große Koalition nach unserer Ansicht der falsche Weg. Die Reichstagsfraktion entschied anders. Stresemann sollte Gelegenheit bekommen, seinen und seiner Partei guten Willen zu zeigen.

Ein Zweifel ist heute nicht mehr möglich: Stresemann ist gescheitert. Gezählt, gewogen und zu leicht befunden!

Der Anfang war gut gewesen. Dann kamen die unterirdischen Einflüsse. Die Beziehungen der Schwerindustrie zu allen möglichen Ressorts in den Berliner Ministerien warfen ihr Gewicht in die Waagschale. Und zogen sie tief nach rechts. Stresemann mit!

Die Sozialdemokratie hat dem Experiment der großen Koalition ungeheure Opfer gebracht. Bis zur Selbstaufopferung warf sich die Partei immer wieder in die Bresche. Sie stellte des Reiches Einheit und der Republik Bestand über alles. Soweit ging sie, daß weite Kreise der Mitgliedschaft für ihre Politik kein Verhängnis mehr hatten.

Es war alles umsonst. Das ist unsere grauenhafte Tragik. Und doch mußte der Weg, einmal eingeschlagen, gegangen werden bis zum bitteren Ende. Die bürgerlichen Parteien mußten endgültig Farbe bekennen. Mußten sich einmal entscheiden, ob sie sich von den Einflüssen des Großkapitals freihalten konnten — oder ob sie auf allen vieren unter dem Joch der Stinnes und Hugenbergs hindurchzuziehen wollten.

Es ist ein offenes Geheimnis, wo das Großkapital die Zielsetzungen seines Strebens aufgepflanzt hat. Diktatur des Kapitals! Man nennt heute schon die Namen eines Biererauschießes, der die Herrschaft übernehmen soll. Stinnes ist darunter; und Minouz, der Kruppdirektor.

Männer aus derselben Volkspartei also, der Stresemann angehört. Aus derselben Volkspartei, die seit Jahr und Tag, mit großem Munde für die große Koalition eingetreten ist. Hier bläst ein Riß!

Und hier weist sich auch des Rätsels Lösung für die verderbliche Reichspolitik der letzten Wochen. Man setzt das Reich aufs Spiel, um das Reich zu gewinnen. Stresemann ist der großkapitalistischen Gebundenheit seiner eigenen Partei zum Opfer gefallen. Ob er's weiß?

Es ist nicht unnötig, darauf hinzuweisen, daß Hugenberg der Hauptaktionär der Münchener Neuesten Nachrichten ist; und gleichzeitig unter Stinnes einer der einflußreichsten Geldleute der Volkspartei. Die Münchener Neuesten Nachrichten sind aber von allen ernstesten bayerischen Blättern der schärfste Feind der Reichsregierung.

Die eigene Partei des Kanzlers steht mit einflußreichen Leuten auf der Seite Münchens. Durch die Volkspartei klappt ein Riß! Rechts von diesem Riß erstreckt man die Rechtsdiktatur — weshalb man mit allen Mitteln die große Koalition befeitigen will. Das ist einer der Hauptgründe der Münchener Rebellion, in der das Geld der Schwerindustrie die aufreizende Heße ist.

Wehr und mehr zogen diese Einflüsse den Reichskanzler in ihren Bann. Er wanderte mit und er wanderte in sein Verderben — und das Deutsche Reich mit. Der Belagerungszustand

in seiner unterschiedlichen Auswirkung war auf diesem Wege eine Etappe; der Eingriff in Sachsens verfassungsmäßige Freiheit die zweite. Die absolute Loyalität gegen Bayerns offene Rebellion, gegen offene Meuterer der bayerischen Reichswehr die Folge. Und der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung der Erfolg! Erfolg für wen?

Schon heute weiß Stresemann, daß er auf die falsche Bahn geraten ist. Aber es ist zu spät. Er ist selbst in sein Verderben gewandert. Nur entschlossenes Anlehnen an die Macht der Sozialdemokratie, an die Kraft der Gewerkschaften hätten seinem Ziel Gestalt gegeben. Statt dessen hat er seinen Nacken unter Stinnes' Diktatur gebeugt. Gewogen und zu leicht befunden! Stresemanns Tage sind gezählt. Der Mantel ist gefallen, der Herzog muß nach.

Schon graut den bürgerlichen Mittelparteien vor den kommenden Ereignissen. Zentrum und Demokraten bestürmen den Kanzler, seine Politik im Sinne der großen Koalition weiterzuführen. Sie fühlen sich so schwach gegen die aufgezwungene Rechtsdiktatur ohne Sozialdemokratie. Aber der Augenblick ist verflücht. Schon droht Bayern! Offen verlangt es den Kopf Stresemanns — die Rechtsdiktatur. Man hat Rahr den kleinen Finger gegeben — jetzt verlangt er die ganze Hand.

Schritt für Schritt hat sich die Reichsregierung überdübeln lassen. Sie hat Dummheit über Dummheit begangen. Immer mehr hat sie sich verstrickt in die Mänschen, die mit dem Gelde der Großindustrie in München geflochten werden. Kann sie noch zurück?

Fast scheint es, als ob jetzt die ganze Entwicklung zwangsläufig geworden ist. Die Reichsregierung hat sich selbst den Strick um den Hals gelegt. Und jedes Zerran an diesem Strick stranguliert ihn nur noch fester.

Mit gebundenen Händen saßen die Sozialdemokraten in dieser Regierung. Tag um Tag hatten sie gerungen, um Stresemann auf seiner Wanderung ins Verderben aufzuhalten. Es war umsonst. Deshalb der Beschluß unserer Reichstagsfraktion: Heraus aus dieser Regierung! Wir müssen die Hände freibekommen zum Kampf gegen die herausziehende Rechtsdiktatur. Nicht untätig können wir zusehen, wie dem Großkapital zuliebe das deutsche Volk und die Deutsche Republik ins Verderben gestoßen werden.

Klarheit muß jetzt geschaffen werden, wo Freund und Feind stehen! Damit der Kampf um die Freiheit sich scharf und unverfälscht abhebt vom Horizont der verwickelten und verdüsterten Ereignisse.

Die Berliner Presse kommt in ihrer Auffassung mehr und mehr der Wahrheit nahe. Kein Wort mehr von der anfänglichen Schärfe der Sozialdemokratie. Die Provinzpresse allerdings heßt — getreu der Weisung schwerkapitalistischer Bureaus — in widerlicher Weise gegen die neue Einstellung unserer Partei. Was der Lübecker „General-Anzeiger“ sich in den letzten Tagen auf diesem Gebiete geleistet hat, übersteigt alles an Dummheit bisher Mögliche. Seine Einschiffung in den Zusammenhang und die wirkliche Grundlage der Ereignisse ist indes so trodelhaft und politisch so fade, daß eine ernsthaftere Polemik nur Zeitverschwendung wäre. Höchstens in einer Gastmächts- oder Sitzbesternummer kann ein politisches Blatt sich mit so etwas beschäftigen.

Die nächsten Wochen werden es beweisen. Der Kampf zwischen Berlin und München ist vorläufig für München entschieden. Weil Stresemann verlagert hat. Der Kampf zwischen Demokratie und Diktatur ist damit in die Entscheidung gerückt. Wie dieser Kampf auch ausfallen möge, Stresemann ist erledigt. Er wollte Demokratie und Diktatur zu einem Kompromiß verarbeiten! Und ist dabei ins Verderben gewandert.

Ohne ihn wird der Kampf toben. Ueber ihn hinweg wird er jähren. Sie Rahr — sie Sozialdemokratie! Das wird die Lösung sein.

Und jeder Deutsche wird sich so oder so entscheiden müssen. Wir werden diesen Kampf mit jener ruhigen Entschlossenheit führen, die uns die Gewißheit gibt, daß die Zukunft dem Proletariat gehört.

Immer wieder wird die Freiheit ihr altes Lied durch alle Länder rufen:

Ich werde sein! Und wieder voran werd' ich den Völkern gehn!

tionen Mark nicht überschreiten darf, soll die Schaffung eines wertbeständigen industriellen Notgeldes begünstigt werden. Das Reichsfinanzministerium gibt deshalb noch im Laufe dieser Woche Prozentente, im Jahre 1932 einlösbares Goldschaganweisungen bis zu einem Betrag von 300 Goldmillionen heraus, deren niedrigster Betrag auf 25 Dollar = 105 Goldmark lautet. Die Stücke dienen dem industriellen Notgold als Deckung. Die Zertifikate müssen den Vermerk tragen: „Das Notgeld ist gedeckt nach Maßgabe der Bestimmung der Reichsregierung.“ Mit der Ausgabe kann, da auch die Quittungen für erfolgte Einzahlung bei der Reichsbank als Deckung gelten, sofort begonnen werden. Damit fällt das Hauptargument gegen die sofortige Durchführung der wertbeständigen Löhne, der geringe Umlauf an wertbeständigen Zahlungsmitteln, fort.

**Dollar 418 Milliarden.**  
1 Goldmark 100 Milliarden, 1 Goldpfennig 1 Milliarde

## Für endgültige Reparationslösung.

Englisch-amerikanischer Druck auf Frankreich.

Paris, 3. November.

Ministerpräsident Poincaré empfing heute vormittag den englischen und den amerikanischen Botschafter. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die beiden diplomatischen Vertreter Poincarés die Ansichten ihrer Regierungen über die Zusammenlegung und die Befugnisse des Sachverständigenausschusses zur Kenntnis gebracht haben, dem nicht nur die Aufgabe zufallen soll, die augenblickliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands abzuschätzen, sondern eine endgültige Regelung des Wiederherstellungsproblems zu finden.

Amerikas entschiedene Stellung.

London, 3. November.

Reuter meldet aus Washington: Im Weißen Hause wurde im Namen des Präsidenten erklärt, der ursprüngliche Plan zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands habe eine vollständige und umfassende Prüfung der Frage vorsehen. Falls Einschränkungen erfolgen sollten, die nach Ansicht der amerikanischen amtlichen Stellen keine Hoffnung auf gute Ergebnisse der Prüfung eröffnen würden, so würde wahrscheinlich der amerikanischen Teilnahme nur mit der ausdrücklichen Erklärung zugestimmt werden, daß die Washingtoner Regierung von Anfang an der Ansicht sei, daß Bemühungen, die Reparationsfrage in dieser Weise zu regeln, aussichtslos wären.

## Wie Poincaré rechnet.

Überall Vorbehalte.

Paris, 4. November.

Poincaré hat heute früh in Brine eine Ansprache gelegentlich einer Denkmalsenthüllung gehalten. U. a. erklärte er: Im gegenwärtigen Augenblick macht Deutschland in den angelsächsischen Ländern Aufwendungen für eine schamlose Propaganda, in der Absicht, das Mitleid wohlthätiger Seelen für sich zu gewinnen. Es teilt illustrierte Flugblätter aus, auf denen man auf der einen Seite Bergwerke, Lokomotiven, Schiffe, Berge an Kohlen und Roks, Pferde, Kühe, Schweine und Hühner erblickt und gegenüber lange Reihen von Säcken an Gold, die den vermeintlichen Wert aller dieser Lieferungen darstellen sollen. Diese mit erstaunlichen Tabellen versehenen Illustrationen sollen beweisen, daß Deutschland seinen Gläubigern bereits einen Betrag in der Höhe von 56 Milliarden Goldmark ausgezahlt habe. Aber Wahrheit entgegen wird dann behauptet, daß das Reich außerdem sich erbötig machte, 30 Milliarden Goldmark zu zahlen, das heißt, 1,5 Milliarden Pfund Sterling oder 75 Milliarden Dollar, und zum Schluß wird gefragt, ob es denn vernünftig sei, noch mehr zu fordern. So springt man in Berlin mit der Wahrheit und der Rechenkunst um. Glücklicherweise ist die Reparationskommission da, um den Erfolg dieser Phantastereien zu vereiteln. Sie hat eine sorgfältige und unparteiische Abschätzung der verschiedenen Lieferungen vorgenommen, die Deutschland bisher bewerkstelligt hat, und man sah, wie diese mit Gold gefüllten Säcke plötzlich zusammenschrumpften und leer oder beinahe leer gefunden wurden. Tatsächlich beläuft sich der von Deutschland bis zum 30. Juni 1923 gezahlte Gesamtbetrag auf 8849 918 000 Goldmark, wovon 6 298 300 000 unter die verbündeten Mächte verteilt wurden. Von dieser Ziffer hat Frankreich sowohl in bar wie in Naturalien, die Leistungen während des Waffenstillstandes und den Wert der Bergwerke im Saargebiet mitgerechnet, eine Summe von 2 152 492 000 Goldmark erhalten. Davon sind 1 903 436 000 an Befahrungskosten und geleisteten Vorarbeiten abzuziehen. Es verbleibt mithin ein Netto von ein wenig mehr als 244 Millionen. Man vergleiche diesen Betrag mit dem, was wir nach 1870 gezahlt haben.

Wir gewahren bei allen Franzosen, die sich in das Ruhrgebiet begeben, und bei allen Fremden, die dieselbe Reise, oft mit vorgefakten Gefühlen gegen uns, antreten, ein maßloses Ertaunen über die kolossalen Beträge, die die Deutschen zum Bau von Häusern, Fabriken, Arbeiterdörfern, Vergnügungslokalen, Bürger- und Arbeiterwohnungen verausgaben. Der deutsche Staat richtet sich willkürlich zu Grunde, aber er überläßt den Privatpersonen und insbesondere den Großindustriellen die Möglichkeit, sich zu bereichern, ohne eine ernsthafte Anstrengung zu machen, von ihnen einen angemessenen Beitrag zur nationalen Wiederaufrichtung zu erlangen. Nach diesem absichtlich herbeigeführten Bankrott kommt man indessen von verschiedenen Seiten auf den Gedanken, uns zu einer Revision der deutschen Schuld aufzufordern, als ob diese Schuld nicht entsprechend dem Versailles-Vertrag endgültig festgesetzt worden sei und es verfassungsmäßig von der französischen Regierung abhängen könnte, einen diplomatischen Vertrag, der von beiden Kammern angenommen wurde, irgendwie abzuändern. Wir haben daher unsere Vorstandsmaßnahmen ergriffen, um nicht vor Zahlung des Gesamtbetrages um unsere Pfänder gebracht zu werden, und damit man im Verlaufe der Sachverständigenarbeit, die die Reparationskommission zur Abschätzung der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit Deutschlands beschließen wird, nicht auf einen Umweg von der festgesetzten Schuldziffer abkommt. Wir legen Wert darauf, im voraus jedes Mißverständnis in dieser Beziehung zu zerstreuen und glauben damit im Interesse unserer Beziehungen zu den Verbündeten gewirkt zu haben. Wir geben ihnen bereitwillig einen Beweis der Freundschaft, indem wir uns mit dem Prinzip dieser Sachverständigenkonferenz einverstanden erklären. Natürlich sind wir entschlossen, vor, während und nach der Arbeit der Sachverständigen im Rahmen des Versailles-Vertrages zu bleiben. Wäre es nicht wünschenswert, daß die Sachverständigen

## Fester Kurs der Papiermark?

Berlin, 4. November.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Papiermark in ein festes Verhältnis zu einem wertbeständigen Zahlungsmittel zu bringen, gegen das sie zu einem bestimmten Termin eingelöst wird. Man denkt dabei an die Goldanleihe. Ueber die Höhe der Relation steht der endgültige Beschluß unmittelbar bevor.

Nach einer Meldung des Lokalanzeigers soll die Ausgabe der Rentenmark und zugleich die Stilllegung der Notendrucke am 10. November erfolgen.

Die Regierung hat weitere Maßnahmen getroffen, der Knappheit an wertbeständigem Geld abzuhelfen. Da sie bei der Emission von Goldanleihe die Höchstgrenze von 500 Mil-

Während der Prüfung der gegenwärtigen Zahlungsfähigkeit des Reiches, sorgfältig unter dem Schutz des Glanzes, in das das Reich sich einzuwickeln versucht (?) der Wirklichkeit auf den Grund kommen? Es liegt auf der Hand, daß Deutschland, bevor es regelmäßige Zahlungen ausführt, seine Finanzen wiederherstellen, eine gesunde Währung einführen und sich weiterhin instand setzen muß, Ansehen im Ausland aufzubauen. Wünschen Sie an einem Beispiel den tagtäglichen Fortschritt seines Außenhandels zu erfassen? Ich verweise Sie auf die statistischen Angaben. Sie werden feststellen, daß die deutsche Schiffahrt im Suezkanal die französische Schiffahrt bald hinter sich gelassen hat. Und diesen Augenblick wählt Deutschland, um zu versuchen, das Erbarmen der Welt auf sich zu lenken. Was uns anlangt, so bewahren wir unser Mitleid für die unglücklichen französischen Familien, die der Krieg in Trauer versetzt hat oder denen ihr Heim geraubt wurde.

Ebenso wenig wie auf unsere Reparationen können wir auf unsere Sicherheit verzichten. Der Vertrag hat die Okkupationszeit am Rhein bereits erheblich unter die Zeitdauer herabgesetzt, die für eine Bezahlung der deutschen Schulden notwendig ist. Für diese Herabsetzung hat man uns Garantiepatte versprochen. Bis jetzt sind diese totgeborenen Patte durch nichts ersetzt worden. Welche Entschlüsse auch die Deutschen morgen im Hinblick auf ihre politische Organisation fassen mögen, wir werden, was uns betrifft, künftig neuen Angriffen vorzubeugen wissen. Wir werden nicht müde zu wiederholen, daß wir nicht beabsichtigen, uns direkt oder indirekt Gebiete anzueignen, und wir sind entschlossen, die Freiheit der Einwohner voll und ganz zu achten. Wenn ich aber in gewissen befreundeten Ländern vernehme, daß, wenn diese oder jene Gruppe der Bevölkerung ihre Unabhängigkeit verliert, daß eine Revision des Versailler Vertrages zur unvermeidlichen Folge haben würde, so gebe ich zu, daß ich nicht recht einen Gedanken daran hege, der, wie mir scheint, den Grundgedanken des Völkerrechts widerspricht. Wir haben niemals versprochen, die deutsche Verfassung gegen die Deutschen selbst zu schützen noch die Reichseinheit zu schützen und auf jeden Fall entsteht eine Initiative der Deutschen Staaten die Verbündeten nicht der Pflicht, den unterzeichneten Vertrag gegenseitig innezuhalten.

## Stresemanns Rumpfparlament in Nöten. Baldiges Ende?

SPD. Der rein bürgerlichen Regierung Stresemann dürfte kein langes Leben mehr beschieden sein. Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sowohl in den Reihen der Demokraten als auch des Zentrums nach dem Vorgehen gegen Sachsen und der endlosen Geduld gegenüber Bayern allgemeines Verständnis gefunden. In beiden Fraktionen sind deshalb auch stark gestützte Strömungen vorhanden, die darauf hinauslaufen, dem Willen der Sozialdemokratie Rechnung zu tragen und jetzt gemeinschaftlich die von der Sozialdemokratie gewünschte Klarheit fördern zu helfen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich sowohl am Sonnabend vormittag wie nachmittag eingehend mit der innen- und außenpolitischen Lage beschäftigt. Sie beauftragte in den vorgerückten Abendstunden ihren Fraktionsvorsitzenden, bei dem Reichskanzler vorzusprechen und von ihm bindende Erklärungen über die kommende Politik zu verlangen. Herr Stresemann lagte gemäß dem Wunsche der demokratischen Fraktionsführer zu, daß er sich für die Fortführung der großen Koalition in Preußen einsetzen werde, außenpolitisch eine Verteidigungspolitik betreiben werde und im Innern die Wahrung der Reichsautorität endlich ihre Durchführung auch gegenüber Bayern erforschen soll. Unter diesen Umständen dürfte die demokratische Fraktion, die am Dienstag erneut zusammentritt, beschließen, das rein bürgerliche Kabinett Stresemann vorläufig weiter zu unterstützen.

Am Sonntag vormittag trat im Reichstag auch die Zentrumsfraktion zur Besprechung der durch den Austritt der Sozialdemokratie hervorgerufenen Lage zusammen. Unter Führung des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth wurde an dem Verhalten des Zentrumsministers Dr. Brauns in der Reichsregierung scharfe Kritik geübt und ebenfalls das Verlangen nach Klarheit über die künftige Innen- und Außenpolitik verlangt.

Wenn auch die demokratische und Zentrumspartei dem Kabinett Stresemann ihre weitere Unterstützung vorläufig leihen, so ist doch der Zeitpunkt nicht fern, an dem Herr Stresemann als Reichskanzler abgewirtschaftet hat. Scheinbar sieht er das selbst ein, denn sein Wunsch geht vorläufig dahin, nicht vor dem Reichstag zu treten und dessen Zusammentritt möglichst lange hinauszuzögern. Das wird vielleicht ein bis zwei Wochen möglich sein, aber dann dürfte zum mindesten die Sozialdemokratie den Zusammentritt des Parlaments verlangen. Der Gedanke Stresemanns, bei der Annahme eines Mißtrauensvotums den Reichstag aufzulösen, findet unseres Wissens bei der Stelle, die hierüber auch noch ein Wortchen mitzureden hat, keine Gegenliebe. Die augenblickliche Parole des Reichskanzlers: Entweder laßt Ihr mich regieren — oder der Reichstag wird aufgelöst, ist zweifellos falsch. Eine Auflösung des Reichstages kommt nicht in Frage, sondern bevor daran gedacht wird, muß Herr Stresemann gehen.

Der Reichskanzler wird das Justiz- und Wiederaufbauminiesterium vorläufig durch Staatssekretäre verwaltet lassen. Das Reichsministerium des Innern beabsichtigt er, einem völksparteilichen Rumpfparlament zu übergeben. Es scheint, daß hierfür der frühere Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres in Frage kommt. Jarres hat sich während des Ruhrkampfes als energiegelaber und tätiger Mann gezeigt. Immerhin vertrat er während der Beratungen über den Abbau des Ruhrgebietes in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Reichsministerpräsidenten Reichhoff eine Politik, deren Durchführung für unser Volk mehr als verhängnisvoll gewesen wäre.

## Befreiung Aachens von den Separatisten.

Die Sonderbündler wurden am 2. November, nachmittags, auf Anordnung des Verkehrsdelegierten, der im Auftrage der Rheinlandkommission handelte, durch belgische Gendarmen und keine Waffen mehr tragen. Ein Teil von ihnen begab sich nach dem Bahnhof. Das Rathaus und das Regierungsgebäude wurden von deutscher Polizei besetzt. Die Fahnen der Sonderbündler wurden heruntergeholt und die belagerten Gebäude mit Wasser unter der Aufsicht des Kommandanten der Gendarmen bewacht. Der Leiter der deutschen Polizei wurde persönlich für die Sicherheit der Sonderbündler bei ihrem Abzug verantwortlich gemacht. Von einzelnen Personen, die von den Sonderbündlern gefangengehalten wurden, ist bereits bekannt, daß sie wieder frei sind, so vom Landrat von Waukehan und einem Beamten des Polizeipräsidiums. Die Befreiung, die sehr erregt war, wurde durch die Polizei nach dem Abzuge der Sonderbündler beschleunigt. Der Verkehrsdelegierte gibt bekannt, daß bis auf weiteres keine Besatzung von

Bewaffneten und besonders von bewaffneten Scharen, das Besetzen oder Tragen von Fahnen und Armbinden sowie jeder Besetzung von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens im Stadt- und Landkreis Aachen verboten ist.

## Verstärkte Reichswehr?

In Regierungskreisen besteht die Absicht, in Anbetracht der drohenden Ruhrgefahr von rechts einen Aufruf an das deutsche Volk zu richten und zur Unterstützung der eventuell notwendig werdenden Abwehrmaßnahmen aufzufordern. Vor wenigen Tagen noch lehnte Herr Gehler den Eintritt von 50 000 gebildeten Gewerkschaftlern in die Reichswehr ab.

## Todesopfer in Chemnitz.

Eine gestörte Konferenz der Parteifunktionäre.

Dresden, 3. November. (Eig. Drahtber.) Bei dem Einmarsch der Reichswehr in Chemnitz und Zwickau haben sich erste Zwischenfälle ereignet. Zahlreiche Verhaftungen auch von Parteigenossen wurden vorgenommen. Bei den Schießereien in Chemnitz ist ein Arbeiter getötet, einer schwer verwundet worden. In Chemnitz finden zurzeit Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt über etwaige Verhinderung von Maßregelungen.

Gestern Abend fand eine Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte der SPD. Groß-Dresdens statt, in der Landtagsabgeordneter Genosse Arzt über die Ereignisse der letzten 14 Tage sprach. Die Versammlung nahm einer außerordentlich kürzlichen Verlauf, als der Konflikt zwischen der Landtagsfraktion und den Landesinstanzen besprochen wurde. Während des Vortrages wurde bekannt, daß die polizeiliche Genehmigung der Versammlung vom Wehrkreiskommando zurückgezogen sei. Genosse Arzt schloß daraufhin seinen Vortrag unter lebhaftester Zustimmung der Versammlung mit einem warmen Appell an die Parteigenossen, treu zur Partei zu stehen. Zum Schluß wurden zwei Entschlüsse gefasst und angenommen. In der ersten wird der Vorstand des Bezirks Ost-Sachsen beauftragt, alsbald einen Landesparteitag einzuberufen, in der zweiten Entschluß wird gefordert, daß Genosse Wittmann eingeladen wird, vor den Dresdener Funktionären der Partei über die Stellung des Berliner Parteivorstandes zu Sachsen zu sprechen.

## Ein bayrisches Ultimatum.

Die Spitze der Unversämtheit.

Nach einer Münchener U.-Meldung forderte am Sonnabend in einer Landesausschussung der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) deren Führer, Abgeordneter Dr. Hilpert, den schleunigen Entschluß der Regierung Stresemann durch eine einwandfreie nationale Reichsregierung. Der Justizminister Dr. Gürtner erklärte, Berlin stehe vor der einfachen Frage, ob es den Konflikt mit Bayern auf die Spitze treiben und damit in Bayern mit einem Male die Wende zum wilden Radikalismus herbeiführen wolle. Der Landesausschuss nahm eine Entschluß an, die den Rücktritt Stresemanns und den Amtserzicht Eberts fordert.

Wird der Reichspräsident und die Reichsregierung müssen verschwinden, wenn nicht „der Konflikt mit Bayern auf die Spitze getrieben werden soll.“

Gegen den bayrischen Justizminister Gürtner sind die kommunistischen Exminister Sachlens an Unversämtheit immer noch Mailentfaden!

## Reichsbilliarde für Meuterer!

Loßow und Luthier.

Noch immer finden die bayrischen Meuterer Unterstützung durch die Reichsregierung! Was man nicht für möglich halten sollte, ist doch Tatsache: der Meuterergeneral Loßow und die auf Bayern „verpflichteten“ Reichswehrtruppen beziehen ihren Sold immer noch aus der letzten Reichskasse. Milliarden werden gewissermaßen zur Belohnung für einen bereits vor 14 Tagen vollzogenen Verfassungsverbruch geschickt. Erst Mitte der abgelaufenen Woche hat der Reichsfinanzminister eine Milliarde Reichsgelder für die meuternde Reichswehr nach München transportieren lassen. Als der Reichsminister des Innern, Sollmann, bereits vor 10 Tagen die Reichszuschüsse für die bayrische Landespolizei sperrete, erhob der Reichsfinanzminister Einspruch, und nachdem Sollmann dem Wunsche des Dr. Luthier, die Zuschüsse weiter nach Bayern zu schicken, nicht nachkam, stellte der augenblickliche Chef der Finanzverwaltung sogar einen entsprechenden Antrag im Kabinett. Im gleichen Zeitraum ließ Herr Dr. Luthier die Gesekentwürfe über den Beamtenabbau ausarbeiten! Wenn man auf der einen Seite der Beamtenschaft das Sparen als unbedingte Notwendigkeit hingestellt, auf der anderen Seite aber den Verfassungsverbruch der bayrischen Regierung noch mit Milliarden bezahlt, so haben wir dafür kein Verständnis und wir glauben, mit uns die Mehrheit des Volkes auch nicht!

Aus Karlsruhe wird dem „Soz. Parlamentsdienst“ gemeldet:

Auch in Baden ist man über die militärischen Rüstungen der bayrischen Reichsradikalen besorgt. Es wird befürchtet, daß die in Nordbayern sich sammelnden Baden auch süddeutsche Länder überfallen könnten. Da die Reichsradikalen mit Artillerie ausgerüstet sind, würden Polizeiträfte eines Landes schwerlich zur Abwehr gegen diese Vorstöße ausreichen. Die badische Regierung hat die Reichsregierung in Berlin auf diese Gefahr hingewiesen und geäußert, daß die Reichsregierung in München entsprechend vorzuzugreifen werde.

## Sillers Aufmarsch.

SPD. Als der „Soz. Parlamentsdienst“ vor wenigen Tagen auf die Rüstungen der illegalen Verbände an der bayrisch-thüringischen Grenze hinwies, ließ die Reichsregierung erklären, daß sie sofort eine Unterfuchung einleiten werde. Nach unseren Informationen ist diese Unterfuchung längst abgeschlossen und die Herren Generalstabsoffiziere, die von dem Reichswehrminister nach Koburg entsandt wurden, haben in Berlin schon vor drei Tagen Bericht erstattet. Nach ihrer Auffassung beträgt die Zahl der an der bayrisch-thüringischen Grenze zusammengezogenen illegalen Sillerradikalen 6000 Mann. Diese Angaben sind nach unseren zuverlässigen Informationen nicht ganz zutreffend. Sie unterschätzen die Zahl der Bewaffneten am mindestens 4000. Aber das ist gegenwärtig für uns nicht das Entscheidende. Worum es ankommt, ist eine Erklärung darüber, warum das Unterfuchungsergebnis bis heute

nicht am Licht bekannt gegeben wurde. Vielleicht gibt Herr Gehler bald darüber Auskunft. Unser Volk hat ein Recht darauf, so erfahren, wie in Bayern Gesetze und Verträge gebrochen werden, wie die Reichsregierung mit sich spielen läßt und ihre Absicht von der Wahrung der Staatsautorität nur einseitige Durchführung erfährt.

## Das Joch.

SPD. München, 2. November. (Eig. Drahtber.)

Der Generalkonferenzkommissar hat nunmehr das Verbot der „Münchener Post“ bis einschließlich Mittwoch, den 7. November, befristet, in der Voraussetzung, daß die Redaktion ein Entschuldigungsschreiben an Herrn v. Raab richtet, der sich durch die Artikel, die zu dem Verbote führten, persönlich gekränkt fühlte. Die „Münchener Post“ ist diesem Wunsche nachgegeben und betont in ihrem Schreiben, daß sie ihren Kampf auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete stets nur sachlich zu führen bestrebt war, im Interesse des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse. Wenn sie in diesem Kampfe einen Schritt zu weit gegangen sein sollte, so sei das unter den heutigen Umständen wohl entschuldbar.

## Die Preistreiber.

Die Reichsregierung hat einen neuen Anlauf genommen, die überhöhten Preise auf ein normales Maß zurückzuführen. So sind die Preise für Kohle um 35, für Baustoffe um 20—30, für Rohstoffe um 25 und für einige Artikel der weiterverarbeitenden Industrie um 20 Proz. gesenkt worden. Die Auswirkung dieser Preiserhöhung auf die Preise der Verbrauchartikel wird bedroht durch den neuen Goldmarktarif der Reichseisenbahn und die Tendenz im Handel, nach alter guter Inflationsgewohnheit übermäßige Gewinnquoten und Mißkopirämien einzufakulieren. Während die Notwendigkeit der Goldmarktarife der Reichseisenbahn nicht bestritten werden kann, will die Regierung die angebotene Tendenz im Warenverkehr unverzüglich und mit den schärfsten Mitteln bekämpfen. § 4 des neuen Kartellgesetzes bezeichnet ausdrücklich das gefennzeichnete Gebahren des Handels als einen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung. Hoffentlich bringt die Regierung die notwendige Energie auf, um sich gegen diesen Mißbrauch zu wenden. Bedauerlich ist an und für sich, daß die Verordnung gegen die Kartelle erst am 20. November in Kraft tritt. In dieser Zeit können übermäßige Mißkopirämien und Profitraten zur Gewohnheit werden. So vollzieht sich eine Entwicklung, die man später nicht mehr rückgängig machen kann und die für die Wertbeständigkeit nicht nur der Goldmark, sondern auch der kommenden Rentenmark von unheilvoller Wirkung sein muß. Leider wird der Verbraucher, der Arbeiter, von der Preiserhöhung der Rohstoffe überhaupt nichts zu spüren bekommen, solange er nach dem Willen des Herrn Brauns noch mit Papiergeld bezahlt wird.

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, in dringenden Fällen Kreditlinien in die Wege zu leiten, damit vorhandene Lebensmittel möglichst billig in den Verkehr gebracht werden. Außerdem stellt sie den Ländern für die Mischherbilligung und den Zentralauschuss für Auslandshilfe zur Sicherung der mit ausländischen Mitteln durchgeführten Kinderbesorgung ansehnliche Beträge zur Verfügung.

## Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen.

Die Reichsregierung hat zur Linderung der größten Not für die Mischherbilligung den Ländern erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt. Eine besondere Unterstützung hat man den mit Hilfe des Auslandes durchgeführten Kinderbesorgungen zugedacht. Um die gesamte Lebensmittellage zu bessern, will man durch eine Kreditlinie unter Vorauszahlung der Konsumgenossenschaften billigere Lebensmittel auf den Markt bringen. Auf das Kartellgesetz, das gleichfalls erlassen worden ist, gehen wir an anderer Stelle ein.

Um den Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln zu beheben, werden Goldschatzanweisungen geschaffen in Höhe von insgesamt 300 Millionen Goldmark, die als Deckung für das wertbeständige Notgeld dienen sollen und deshalb nicht in kleinen Beträgen ausgegeben werden sollen.

Zur Entlastung der Reichsfinanzen ist ein weiterer wichtiger Schritt erfolgt. Die Reichsregierung stellt vom 3. November ab die Zahlungen zur Durchführung der Sachlieferungen ein und überläßt es den interessierten die bisher mit behördlicher Bezahlung besicherten Sachlieferungen auf dem Wege freier Vereinbarung und auf Rechnung des ausländischen Empfängers fortzuführen.

## Der neue Lohnabzug.

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, ist daher für die Zeit vom 4. bis zum 10. November 1923 statt auf 15 000 auf „20 000“ festgesetzt worden. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem bis zum 10. November 1923 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit „20 000“ zu vervielfachen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl „20 000“ ergeben sich z. B. folgende W o c h e n e r m ä ß i g u n g e n :

| für die Zeit vom                         | für Steuerzfl. je Mt. | für jed. minder-jährige Kind Mt. | für Werbungs- und Ebstreu für jeden Kind Mt. | für Kosten Mt. |
|--|-----------------------|----------------------------------|--|----------------|
| 16. bis 30. 9. 23 (Grundzahl)            | 172 800               | 1 152 000                        | 1 440 000                                    |                |
| 28. 10. bis 3. 11. 23 (sechstausendfach) | 1 036 800 000         | 6 912 000 000                    | 8 640 000 000                                |                |
| 4. bis 10. 11. 23 (zwanzigtausendfach)   | 3 456 000 000         | 23 040 000 000                   | 28 800 000 000                               |                |

Der im Wege des Steuerabzugs einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle zehn Millionen Mark nach unten abzurunden.

## Revolution in Griechenland.

Der König gefangen?

Paris, 3. November. Der Antragsgeant veröffentlicht ein Telegramm aus Athen, wonach sich in den letzten 24 Stunden in Griechenland erste Ereignisse vollzogen hätten. Die Revolutionäre hätten den König gefangen genommen.

## Ein Attentatsversuch in Sofia.

Sofia, 3. November. Nach einer Meldung der Bulgaren Telegraphenagentur drangen in der vergangenen Nacht drei Personen in die Wohnung des Ministerpräsidenten der jerbischen Gesandtschaft ein. Ein Eindringling verletzte zunächst eine Ordnonanz des Attaches leicht und griff dann den Attache an. Der Kenolner versagte aber, und der Attache entwarfene den Attentäter. Er und seine Helfershelfer ergriffen die Flucht,

# Die Wahrheit über Sachsen.

Von Wilhelm Dittmann.

Die Tatsachen, die zur Neubildung der sächsischen Regierung geführt haben, werden in der Presse und in der politischen Öffentlichkeit meist völlig falsch dargestellt. Es wird behauptet, das Ultimatum des Reichskanzlers habe die Regierungskoalition zwischen Sozialisten und Kommunisten in Sachsen zerlegt und den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner gestürzt. Beides ist falsch. Die sozialistisch-kommunistische Koalition in Sachsen war bereits faktisch erledigt, und der Ministerpräsident Dr. Zeigner wollte schon demissionieren, ehe das Ultimatum kam. Das Ultimatum hat die öffentliche Dokumentierung dieser Tatsachen, den zwangsläufigen organisatorischen Ablauf der Dinge unheilvoll unterbrochen, und durch den Reichskommissar und das militärische Vorgehen gegen den sächsischen Landtag lediglich grenzenlose Verwirrung angerichtet. Die Lösung des Konflikts ist nicht durch das Ultimatum, sondern trotz des Ultimatums erfolgt, und zwar so, wie sie ohne das Ultimatum von selber vor sich gegangen wäre.

Wie lagen die Dinge? Unter Führung des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner hatte die sächsische Sozialdemokratie das Experiment einer Regierungskoalition mit den Kommunisten gemacht, die sich verpflichtet hatten, im Rahmen der Reichsverfassung und der Landesverfassung gemeinsame Politik mit der Sozialdemokratie zu treiben. Wer die militärische Organisation der Kommunisten kennt, die eine absolute Unterwerfung unter die Befehle von Moskau und Berlin bedingt, wer weiter die Einstellung der Moskauer Zentrale auf eine unmittelbar bevorstehende blutige Revolution in Deutschland kennt, der mußte starke Zweifel hegen, ob das Experiment, die Kommunisten zur Realpolitik zu bringen, gelingen werde.

Bald zeigte auch eine Rede des kommunistischen Finanzministers Böttcher und dann eine Rede des kommunistischen Ministerialdirektors Brandler die Berechtigung solcher Zweifel. Der provokatorische Einmarsch der Reichswehr in Sachsen zerstückte die Ansjähe realpolitischer Einstellung der kommunistischen Führerschaft wieder völlig, wenn sie überhaupt etwas anderes als eine Maske zur Verbedung politischer Absichten war. Jedenfalls beherrschte unter dem Eindruck der Provokation der Reichswehr die politische Einstellung wieder die kommunistische Führerschaft. Das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, die die Parole „Nacht und Nebel“ ausgeben hatte, wurde dadurch immer schwieriger, auch im sächsischen Kabinett.

Die Dinge hatten sich am Dienstag, dem 23. Oktober, bereits so weit zuspitzt, daß der Ministerpräsident Dr. Zeigner, der Vater der Koalition mit den Kommunisten, in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erklärte: „Ich werde die beiden kommunistischen Minister entlassen!“ Die Fraktion hielt den Genossen Zeigner noch einmal von diesem Schritt zurück, aber drei Tage später, am Freitag, dem 26. Oktober, erklärte Genosse Dr. Zeigner in der Landtagsfraktion aufs neue das weitere Zusammenarbeiten mit den Kommunisten für unmöglich und forderte, daß die sächsischen Parteinstanzen sofort zusammentreten müßten, um die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, damit er beim Wiederversammlung des Landtages am Dienstag, dem 30. Oktober, mit einer entsprechenden Erklärung vor den Landtag treten könne.

Der innerliche Bruch der Sozialdemokratie mit den Kommunisten war also bereits unvermeidlich, als am Tage darauf, Sonnabend, 27. Oktober, gleichzeitig mit dem Ultimatum ein Aufruf, unterzeichnet „Der Landesvorstand der K.P.D.“ und „Die kommunistische Landtagsfraktion“, zur Kenntnis der sozialistischen Regierungsmitglieder kam, der dem Tag den Boden ausschlug. Dieser kommunistische Aufruf durchkreuzte direkt die Parole der gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Regierung, die der Ministerpräsident Dr. Zeigner von der

Tribüne des Landtages aus am Dienstag, dem 23. Oktober, gegenüber dem Vorgehen der Reichswehr in Sachsen proklamiert hatte. Beide Dokumente seien hier in ihren entscheidenden Parteien einander gegenübergestellt.

## Ministerpräsident Dr. Zeigner am 23. Oktober im sächsischen Landtag:

Ich richte im Namen der sächsischen Regierung von dieser Stelle aus die dringende Mahnung an die sächsische Bevölkerung:

Bermehren Sie nicht die Leiden unseres Landes durch Unbesonnenheiten. Halten wir im Gefühl unseres Rechtes selbst Ordnung, sorgen wir dafür, daß die Reichswehr keinen Anlaß hat, einzuschreiten, oder, wie es hohlvoll heißt, „verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse herzustellen.“

Ungehobene Entfugung und eiserne Selbstdisziplin wird von der sächsischen Bevölkerung verlangt, nur weil hier das sächsische Proletariat sich geeinigt hat, weil wir nach wie vor das Bollwerk der Republik im Reich sind und sein werden. Die Bevölkerung muß diese Entfugung und eiserne Selbstdisziplin aufbringen im Interesse unserer schwerbedrohten Existenz als freier demokratischer Staat. Und die sächsische Bevölkerung wird diese Selbstdisziplin aufbringen, — trotz den Handlungen, die immer wieder die Erregung in ungeheurer Maße steigern.

Man vergleiche beide Dokumente miteinander und wird feststellen müssen, daß der kommunistische Aufruf, der auffordert, die Provokationen der Reichswehr mit Provokationen durch die Arbeiterfraktion zu beantworten, der Parole ins Gesicht schlägt, die Genosse Dr. Zeigner im Landtage im Namen der sächsischen Regierung — also auch der Kommunisten — ausgegeben hatte. Die Befolgung des kommunistischen Aufrufs mußte zu Zusammenstößen mit der Reichswehr führen, die nach der Parole des Genossen Dr. Zeigner unter allen Umständen vermieden werden mußten. Dieser Aufruf, hinter dem Rücken der Sozialdemokratie von den maßgebenden Instanzen der K.P.D. herausgegeben, war ein Akt beispielloser Treulosigkeit und bedeutete praktisch den Bruch der Regierungskoalition durch die Kommunisten. Die Parteinstanzen der Sozialdemokratie brauchen jetzt nur noch diese Tatsache festzustellen und daraus die Konsequenzen für eine Umwidmung der sächsischen Regierung zu ziehen, die nach der Zusammensetzung des Landtages — 40 Sozialisten, 20 Deutschnationale, 18 Volksparteiler, 10 Kommunisten, 8 Demokraten — nur durch Verständigung mit den Demokraten und dieser mit den Volksparteilern möglich war.

So sicher wie das Amen in der Kirche wäre diese Klärung am Dienstag, dem 30. Oktober, im Landtag erfolgt — wenn nicht das Ultimatum des Reichskanzlers am Sonnabend, dem 27. Oktober, dazwischen geplatzt wäre und künstlich und gewaltsam die bereits innerlich erledigte sozialistisch-kommunistische Koalition wieder äußerlich zusammentrieb. Durch das Dresdener Wehrkommando hatte der Reichskanzler den kommunistischen Aufruf früher als die sächsische Landesregierung — der durch die Militärdiktatur die Exekutivorgane entzogen waren — zur Kenntnis bekommen. Statt den Aufruf der Landesregierung mit der Auforderung zu übermitteln, zu ihm Stellung zu nehmen, benutzte ihn der Reichskanzler lediglich zur Begründung seines Ultimatums an die sächsische Regierung, sofort zurückzutreten. Dieses ungläubliche Vorgehen hatte die bekannten Folgen: die sächsische Regierung wies das Ultimatum am Sonntag, dem 28. Oktober, zurück, am Montag, dem 29. Oktober, erschien Dr. Heineke als Reichskommissar in Dresden und setzte die sächsische Regierung mit Militärgewalt ab.

## Landesvorstand und Landtagsfraktion der K.P.D. im Aufruf:

Wir Kommunisten erklären: Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General.

Wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden.

Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, Faschismus und Ausbeutung zu mobilisieren!

Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen.

Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der Aufstellung unzähliger neuer Hundertschaften, das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten!

Bei der Beratung, die die sozialistischen Regierungsmitglieder am Sonntag, dem 28. Oktober, mit den Parteinstanzen über das Ultimatum abhielten, schlug der Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner in Konsequenz seiner Haltung vom 23. und 26. Oktober vor, daß er dem Reichskanzler antwortete: er wies das Ultimatum als verfassungswidrig zurück, erkläre aber aus eigenem Entschluß, daß die Kommunisten von der Reichsverfassung abgewichen seien und die Basis verlassen hätten, auf der mit ihnen die Regierung gebildet worden sei, er habe deshalb die kommunistischen Minister Böttcher und Hecker aus ihren Ämtern entlassen und werde am Dienstag, dem 30. Oktober, dem Landtage seine Demission unterbreiten. Genosse Dr. Zeigner war sich völlig darüber klar, daß der von den Kommunisten schon vor dem Ultimatum herbeigeführte Zusammenbruch der Koalition, deren Hauptträger er gewesen, als politische Selbstverständlichkeit seine Demission als Ministerpräsident zur Folge haben müsse. Deshalb war seine persönliche Haltung am Sonntag absolut korrekt und ein Zeichen selbstloser persönlicher Unterordnung unter die allgemeinen Interessen. Wären die sächsischen Parteinstanzen am Sonntag dem Genossen Dr. Zeigner gefolgt, so wäre wohl die Entfugung des Reichskommissars und die Abhebung der sächsischen Regierung unterblieben, aber die Versicherung, daß die Entschlüsse zum Bruch mit den Kommunisten und zur Demission aus eigenem Entschluß und nicht unter dem Druck des Ultimatums erfolgt seien, hätte in der Öffentlichkeit schwerlich Glauben gefunden. Was freier Entschluß war, wäre als Unterwerfung unter das Ultimatum ausgelegt worden. Aus dieser Erwägung fiel die Entscheidung am Sonntag in der gemeinsamen Beratung der parteigenösslichen Regierungsmitglieder mit den Parteinstanzen: Das Ultimatum wurde abgelehnt unter Berufung auf seine verfassungsrechtliche Unzulässigkeit, ohne daß gesagt wurde, welche Konsequenzen aus eigenem Entschluß zu ziehen man bereit war. Hätte es der Reichskanzler nicht so furchtbar eilig gehabt mit der Entfugung des Reichskommissars und dieser mit der Abhebung der sächsischen Regierung, so hätten unsere Genossen am Montag das Verhältnis mit den Kommunisten bereinigt und am Dienstag hätte Genosse Dr. Zeigner eine entsprechende Erklärung im Landtage abgegeben. Dann wären die Forderungen des Ultimatums gegenstandslos gewesen, die Neubildung der Regierung ohne die Kommunisten und ohne Genossen Zeigner hätte sich von selbst ergeben. Was in der Nacht zum 30. Oktober im sächsischen Landtag geschehen ist, die Bildung des sozialistischen Minderheitskabinetts förmlich mit Unterdrückung der Demokraten, war also nur die logische Konsequenz der Verhältnisse, die schon vor dem Ultimatum eingetreten waren und ist in keiner Weise die Folge des Ultimatums, das nicht nur ein politischer Gewaltakt, sondern auch eine Riesendummheit war.

## Vermischte Nachrichten.

Königsberg—Moskau in 5 1/2 Stunden. Bei starkem Westwind ist es dem Flugzeugführer Peteren gelungen, mit dem Derul-Luftflugzeug R R 9 eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 220 Kilometer auf der regelmäßigen Luftstrecke Königsberg—Moskau zu erzielen. Diese Leistung verdient um so mehr Beachtung, weil der Flug mit normaler Belastung ausgeführt und die 1200 Kilometer lange Strecke ohne Zwischenlandung durchflogen wurde.

Eisenbahnunglück bei Agram. Am 2. November, früh gegen 7 Uhr, hat zwischen dem von Belgrad nach Subotiza unterwegs befindlichen Personenzug und einem andern in der Nähe von Agram ein heftiger Zusammenstoß stattgefunden. Beide Lokomotiven sind zertrümmert. Die Waggons der Züge führen ineinander und entgleisten. Drei Tote, 19 Schwerverletzte und mehr als hundert Leichtverwundete wurden gezählt.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freimaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens. Von Leon Frapic.

26. Fortsetzung.

Nach den ersten, mit Anstrengung in Art einer Ouvertüre hervorgehobenen Worten stand die Theaurin eine Ermüdung mit abgemessenem Zehnaufeinanderblagen:

„Ich erwarte irgendein Geständnis von Ihnen, sprechen Sie freimütig, meine Nachsicht wird die Mithild der Umstände würdigen.“

„Wahrhaftig,“ stöhnte die Sünderin, „das war die Längeweile, welche mich zu dieser nicht wieder gutzumachenden Schwäche verleitete. Die Längeweile ist ein fürchterliches Uebel, welche eine Zeitlang den freien Willen ausschaltet, um ihn besser auf eine verderbliche Handlung hinzulenken. Ich lebte allein mit meiner Tante, wir hatten mit niemand Verkehr; ich war Verdrießlichkeit entzogen, meine Einfünfte vermehrten sich stetig; ich brauchte nur glücklich zu sein. Nun gut, im Alter von etwa dreißig Jahren ergriff mich plötzlich ein Ueberdruß über diese ganze Art der Beschäftigung; die Schneiderei, das Lesen bekam ich satt, den Hühnern Futter geben, in die Kirche gehen, Häfelarbeit machen, die Gießtanne säubern, mit der Baumkühre hantieren, keine dieser bei wohlhabenden Mädchen sonst üblichen Zerstreuungen erregte meinen Tätigkeitsdrang mehr. Ganze Tage gingen in düsterer Niedergeschlagenheit dahin; ich sah da, um auf die Mahlzeiten zu warten, der Geist stand still, die Augen nahmen nichts wahr, die Hände lagen gefaltet, tot da. Und trotzdem fühlte ich, daß irgend etwas... das Beste meines Lebens, von mir gehen wollte! Im April bekam die Landschaft ihr junges Grün, die Seele der Pflanzen entzürmte in düsterer Blühenpracht... O! Ich zitterte noch vor Verwirrung, — ich fühlte, daß ich Lust hatte, das Verbotene, das Sträfliche zu tun! Ich wußte nicht was; aber bei wiederholtem Nachdenken gestattete mir das bisherige Vernunft, was mir noch blieb, schatz, ohne Möglichkeit des Fehlers, diesen unwürdigsten Drang zu erkennen: ich hatte Lust, Geld auszugeben!... Meine Qual konnte aus keiner anderen Quelle stammen, das Beste meines Wesens, das mich verlassen wollte, das konnte nur die sparsame Besonnenheit sein. Wußte ich nicht aus vagen Gerüchten, aus Erinnerungen an Gesehene, daß Leute sich daran vergnügten, unziemlich Geld zu vergeuden! Wie wenn man Befriedigung darin finden könnte, den Apfelwein aus dem Faß auf den Boden zu gießen!“

Seine erschrockene Frau hielt einen Augenblick inne, dann fuhr sie fort: „Ich hatte mir besonders gemerkt, daß müßige Kreaturen in den großen Modengeschäften, aus bloßer Freude daran, Einkäufe machen, Geld in der Hand zu haben, gewöhnliche ihnen Zerstreuung, ohne dies Spielen mit Goldstücken hätten sie sich gelangweilt! Mit einem Wort, ich machte die entsetzliche Wahrnehmung, daß aus den Händen gleitendes Geld ein Vergnügen gewähren konnte, das demütigen analog war, welches es

bereitete, wenn es in die Kassetten floß. Ja, ich, der Abkömmling einer Familie, in welcher niemals ein Sou verkwendert worden ist, neigte in diesen ungelunden Frühlingstagen zur Verderbtheit, wobei ich mir Reuehaft ablegte, daß ich in eine böse Spähre einging, mein Recht auf ein Leben in Ruhe verlor. Andererseits hätte ich vor Langeweile sterben müssen, und da war dies doch das einzige Heilmittel, wie mir schien. Ich, die immer in ehrebarem Respekt vor dem Gelde gelebt hatte, fühlte wilde Verlockungen nach Verschwendung im Blut, in der Brust. Schließlich wurde das Sehnen meines Innern so heftig, daß ich vom Gift des Vermögens zu kosten beschloß.“

Theaurin konnte eine verdamnende Bewegung nicht beherrschen, die Stimme der Böhlerin nahm einen schmerzlichen Klang an:

„Ach, ich wollte wenigstens mein Laster hintengehen, hoffte mich mit dem Trugbild der Verschönerung zu befriedigen, in der Einsamkeit mit meiner Sünde fertig zu werden. Ich placierte auf die Kommode eine Geldschatulle, welche Banknoten enthielt. Wenn die Kräfte über mich kamen, mein ganzes Wesen nach einer unmaßlichen Entfaltung suchte, wenn ich nicht wußte, wie ich die fieberhaft erregten Hände zur Ruhe zwingen sollte, dann befaßte ich die Schatulle, unklammerte sie, kretete den Schlüssel mit den Fingern; schloß auf und endlich herüber ich, freilegte die Banknoten, strich über sie hin, und mir war, als klangten meine Boren gierig den Eindruck lebender Haut ein!... Das war schon beinahe „das Ausgeben“; ich fühlte, wie ich schwach wurde, daß es nicht an mir lag, wenn das Beste meines Wesens nicht von mir ging.“

Damals geschah es, daß der Herr Pfarrer, durch die Beichte über die Art meiner Qual unterrichtet, mich zu umgarnen begann.

„Sie sollten der Kirche eine Schenkung machen,“ wiederholte er mehrfach, „das würde Sie erleichtern.“

Theaurin, Sie haben keine vergnügte, so wenig geistliche Miene gekannt... er spielte täglich eine Partie Beligne mit meiner Tante, und lachend sagte er:

„Sie haben eine Summe zuziel, die quält Sie, ich spreche immer zu meinen Pfarrkindern: geben Sie der Kirche das „Zuviel“, das Sie quält.“

Meine durch das Alter schwach gewordene und sehr schwerhörige Tante duldete diese Nachstellung. Nun wurde er so dreist, mich zu necken:

„Wollen Sie mich die Schatulle angreifen, lassen Sie mich die Banknoten sehen.“

Mit entschloßenem Gesen stieß ich ihn zurück, denn seine Religiösität war mir verdächtig und die Dekonomie geht der Frömmigkeit vor.

Da, einmal, meine Tante war abwesend, und in der Lust lag etwas Erklärendes, Süßliches, was mein Uebel vermehrte, ich hatte die Schatulle, ohne davon eine Befriedigung zu finden, durchwühlt... man konnte sagen, ein Teil meines Ich schmolz dahin, ging zugrunde... ich hatte den Schlüssel auf der Schatulle, in einer ungewissen Erwartung, gelassen... Und da, da kommt der Herr Pfarrer und ruft:

„Wohlan! Heute also findet die Schenkung statt?“

Die Glieder überfiel ein Zittern der Schwäche, meine Hände brannten wie Feuer. Ich sagte: Nein! Nein!

Lächelnden Mundes näherte er sich gebieterisch der Kommode. Unsere Hände gerieten um die Kassetten in Kampf. Ich empfand darüber ein mit Schred gemischtes Wohlgefühl. Verteilte mich mit dem freudigen Bewußtsein, ich würde nachgeben... und seine Hand faßte den Schlüssel, und seine Hand hob den Deckel!... Oh! Da empörte sich die Vernunft, meine Ehre bäumte sich ein letztesmal auf, noch war es Zeit, ich warf den Deckel wieder zu, wobei ich mir die Finger quetschte... Aber auch er war bis zum Paroxysmus erregt, glühend rot, rang er nach Atem, seine Augen flammten, er erzwang... Mein Blick verschleierte sich und wider Willen ließ ich nach und nach vom Widerstand ab, die Hände hatten nicht mehr die schuldige Energie, zu fühlen, was die feimigen taten... Schließlich stieß ich einen Schrei aus und verlor das Bewußtsein: ich hatte ein Zerreißen der Banknoten in der Brutalität des Raubes wahrgenommen!“

Die Schuldige schweigend, durch ihre erbarmungswürdige Haltung die Verzeihung der nicht wieder gut zu machenden Verschönerung ersehend.

Aber Theaurin fand die versprochenen Worte der Nachsicht nicht; er wußte zu genau, daß eine Frau, die vor der Ehe geschickt hat, auch später wieder fehlen kann.

XX.

Derart waren die von der Agentur Bizan so gepriesenen Neuwermählten und sie kamen zufällig am Tage nach der unverzeihlichen, ehelichen Szene nach Paris. Ihre Gesichter und Herzen, von Natur so düster, waren durch Berechnung und Meinungsverfälschung noch mehr versteinert.

Suletzt bedurfte sehr des Offens, sie wollte gern leben, — gleichwohl, ein Tag bei Herrn und Frau Doctemard, das war das Neukerke, was sie ermöglichen konnte.

Bei Einbruch der Nacht ließ sie davon.

Nachdem sie so hartnäckig für sich und ihr Kind das Recht auf Sonne in Anspruch genommen, verzichtete sie jetzt entschieden. Die Neuwermählten hatten ihr jede Möglichkeit eines weiteren Drängens genommen. Sie begriff, daß es einen wirklichen Trost nur darin gab, die Menschen nicht mehr zu sehen.

Die stillige Hilfe, die Logik und ruhige Schönheit des Selbstmordes erzhienen ihr gleich einer sich öffnenden Klappe an diesem Lenabend, wo an den Bäumen des Boulevard Saint-Michel sich die ersten Blättern zeigten.

Diesmal schien das Schicksal des unglücklichen Dienstmädchens sich erbarmungslos zu erfüllen; sie ging gefelkten Hauptes mit dem lässigen und schmieglamen Schritt der Schlafwandlerin dahin. Ohne sich über den Weg Rechenschaft zu geben, meinte sie, im nächsten Augenblick den frostigen Spiegel der Seine dicht vor ihren Augen zu haben.

Schon gehörte sie nicht mehr zu diesen Lebenden, die vorübergingen, diesen Menschen, die liebten und geliebt wurden, sie bewegte sich nicht, wie sie mit freier Brust, ihr gepreßtes, zu einem Nichts gemordenes Herz schlug nur noch, matt, nur ein kurzer, schwacher Atem befehte sie. (Fortsetzung folgt.)

**Felle**  
 fauft höchstzahlend  
 Isaac Frankenthal  
 Beckergrube 53. Tel. 8641.  
 (8088) **Haare**

**Geschlechtsleidende!**  
 Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Einspritzung, ohne Heranzehrung; aufklar. Broschüre; m. taus. freiw. Dankschreib. über 1) Harnröhrenleiden (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Mannesschwäche, 4) Weiblich. kostenlos in verschloss. Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einzahlung des doppelt. Briefpostes für Porto etc. Leiden genau angeben!  
 Dr. med. H. S. S. e. m. a. n. n., G. m. b. H., Berlin 478, Dietzmannstr. 22. (8035)

**Der Neue Weltkalender von 1924**  
 ist erschienen. Grundpreis 30 Bfg.  
 Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Lübeck 8083  
**Arbeitsgemeinschaft.**  
 Die Löhne für die Zeit vom 8. bis 6. 11. betragen (8088) für Gesellen über 24 Jahre Mt. 15 000 000 000 für Gesellen bis 24 Jahre Mt. 14 000 000 000 im 1. Gesellenjahr Mt. 11 000 000 000.  
 Die Ortsverwaltung.

**J. H. Pein**  
 Lübeck  
 Markt 10/12  
 Breite Straße 64/68.  
 Das bekannteste Kaufhaus für (7981) Arbeiter-Garderoben, Berufskleidung, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion. Erstkl. Manufakturwaren.

**Geschäftsbücher  
 Schreibblocks  
 Rechnungsbücher  
 Quittungsbücher  
 Kuverts  
 Klebmarken  
 Kellnerbonsbücher  
 Tinte, rot u. schwarz  
 Leim, gute Qualität  
 Bleistifte, Kopierstifte  
 Federn, Federhalter**  
 zu haben in der (8702)  
**Buchhandlung  
 Lübecker Volksbote.**

**Felle — Haare**  
 faufen höchstzahlend (8008)  
**Gebr. Wagner, Zell-Spezialgeschäft**  
 Dankwartgrube 26, Holstenstr. 8. Tel. 3414.

**Zentral-Theater**  
 Nur noch bis Dienstag: Neu! Neu!  
**Fatty als Bräutigam**  
 Amerikan. Grotteske in 2 Akten.  
**Luclano Albertini**  
 in  
**Der Sturz von der Teufelsbrücke.**  
 Sensationsfilm in 5 Akten. (8010)  
**Faschingsrausch.**  
 Schauspiel in 1 Vorspiel und 5 Akten.

**Café Bernhardt**  
 Fackenburg Allee 9.  
 Täglich nachm. (8040) u. abds.: Konzert.  
**Hedermans**  
 (8041) 8 Uhr.

**Hansa-Theater.**  
 Täglich präzise 7 1/2 Uhr:  
 Gastsp. Margret Wagner  
**Der durchschlagende Erfolg** (8082)  
**Die schöne Rivale.**  
 Operette in 3 Akten von Linné.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
 Filiale Lübeck. (8086)  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Dienstag, 6. Novbr. abends 7 1/2 Uhr. bei Lender, Hundestr. 41.  
 Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht. Bücherkontrolle. Betriebskräte und Vertrauensleute 6 1/2 Uhr.  
 Der Vorstand.

**Trocadero.**  
 Schlüsselbud. A. F. 787  
 Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Stimmungs-Konzerte.** (8072)  
**Stadttheater Lübeck.**  
 Dienstag, 7,30 Uhr: **Die tote Stadt.** (8074)  
 Mittwoch, 7,30 Uhr: Amphitryon.

**Bei Einläufen geht man nie zu Tintenman im neuen Zeitung!**

**Promenaden-Café und Konditorei**  
 Breite Straße 65 \* Fernsprecher 415  
 Täglich: **Künstler-Konzert.**

Der beste Schwedenpunsch und Aquavit  
**Carl Larson & Co.**  
 Ehren-Vorsteher:  
**Swedmark & Lundin,**  
 Export Agenturen Import  
 Lübeck, Breite Str. 39  
 Fernsprecher Nr. 2303, 2015 und 2016.

**Wano** fauft ständig zu höchst. Preisen  
 Hauptmann, Johannisstr. 14.  
**In Honigs Tuchlager**  
 Fleischhauerstraße 71, kaufen Sie gut, reell und billig  
**Herren- u. Damenstoffe** aller Art.

**Buchdruckerei**  
**Friedr. Meyer & Co., Lübeck**  
 Johannisstraße 48 :: Telephon 226  
 druckt alle im geschäftlichen und privaten Verkehr erforderlichen Drucksachen.

**Gummischäden**  
 an Fahrraddecken repariert  
**Dampf-Vulkanisier-Anstalt**  
**Hermann Wildhagen.**  
 Fabrikmäßig eingerichtet!  
 Beckergrube 34. Fernruf 6383.

**MAASS & CO.**  
 G. m. b. H.  
**Kohlengroßhandel**  
 Breite Str. 83  
 \*  
 Fernsprecher 8604 und 8610.

**Emaillhaus** Erich Schauer  
 Königstraße 35.

**Schweizerhaus** Straelsdorfer Allee  
 Fernsprecher 2394  
 \* Restaurant, Konditorei und Café \*  
 \* Angenehmer Familienaufenthalt. \*

**Grüßen Sie bei mir?**  
 Wenn nicht, dann überzeugen Sie sich durch einen Besuch von der Preiswürdigkeit meiner Ware!  
**REFORM-WERK**  
 Telephon 2873 :: **ROBERT JENTZEN** :: Huxstraße 50  
 Schuhwaren, Reparaturen, Stepperei-Großbetrieb, Gummisohlen und -Abzüge, Lederabschnitt. Alle Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Größtes Spezial-Haus  
**Spille & v. Lüthmann**  
 Feine Herren- u. Knabenkleidung.  
 Elegante Maanfertigung.

**Geschäftl. Rundschau und Dauerfahrplan.**  
 Musterschutz. B. Ohne Gewähr.

**Abfahrt derzüge von Lübeck nach**  
**Hamburg:** 555, 747, 943 D, 1100, 126, 344, 417, 722, 820 D, 930 S, 935.  
**Travemünde-Niendorf:** 527 W, 800, 207, 658.  
**Ennig:** 714, 1208, 142 D, 200, 725.  
**Büchen:** 500, 800, 130, 418 D, 600. — **Segeberg:** 130 Werft., 210 Sonnt., 730.  
**Kleinen:** 720, 937 D, 1202, 524, 753, 925. (Ohne Gewähr. — Mafersdub.)

**„TROCADERO“**  
 Fernsprecher 787 Schlüsselbuden 4  
 Täglich: **Stimmungskonzerte.**

Fordern Sie überall nur  
**Doornkaat**  
 den feinsten Genever  
 nach alten Familienrezepten  
 seit 1806 hergestellt  
 und weisen die Nachahmungen zurück  
**„Doornkaat“**  
 Aktiengesellschaft Norden  
 Belegquellen werden nachgewiesen durch:  
**Gebr. Steffe, Hamburg**  
 Dr. Wülfenstraße 14, Fernsprecher: Doland 2781-2783.  
 Belegquellen werden nachgewiesen durch:  
**Gebr. Steffe, Hamburg**  
 Dr. Wülfenstraße 14, Fernsprecher: Doland 2781-2783.

**Rostocker Butterhandlung, Lübeck, Beckergrube 9**

**Café Bernhardt** Fackenburg Allee 9  
 Täglich nachmittags und abends: **Künstlerkonzert.**

**Musik** Telephon 935  
 Beckergrube 27  
**Dietrich**

**Rheumatismsfranke!** Nicht verzweifeln! Haben Sie schon alles versucht? Die letzte **Rheuma Nr. 37.** aber sichere Rettung ist **Rheuma Nr. 37.** Zu haben in allen Apotheken!

**Franzen & Co.** Hüte  
 Mützen  
 Holstenstr. 21. Herrenwäpche, Krawatten.

**Georg Knoop, Fortuna-Drogerie**  
 Molsinger Allee 6 a, Telephon 2375.

**Aug. Lüders**  
 Spezialgeschäft f. Strumpfwaren u. Wäsche.  
 Manufakturwaren — Wollumtausch  
**Huxstraße 55.**

**U. N. Becker**  
 Uhren und Goldwaren  
 Holstenstraße 40.

**Soda-Leim**  
**Hans Jacoby, Untertrave 80**  
 Telephon 3086 und 8480.

Reserviert für  
**Nanseatische Toriverwertungs-Aktien-Gesellschaft**  
 Engelsgrube 44 \* Telephon 884

**Norddeutscher Warenhandel L. Koeller**  
 G. m. b. H., Lübeck, Mengstr. 15, Fernsprecher 3481, 3482 Abtlg. I: Düngemittel, Abtlg. II: Säfte, Abtlg. III: Techn. Abteilung.

**Elektro-Motoren-Reparatur-Werk**  
**Heinrich Schumann**  
 Schwartauer Allee 14a. Telephon 2832/33.

**Schlutup**

**W. Schild, Schlutup**  
 Das vorteilhafte Einkaufshaus für Damen-, Kinder- und Herrenkonfektion, Manufaktur- und Kurzwaren.

**Kaufhaus**  
**Max Kankel**  
 Schlutup.

## Freistaat Lübeck.

Montag, 5. November.

### Abschied vom Geldsack.

In scharfem Trab und schnellem Tempo waren wir Millionäre und Milliarden geworden, und in raschem Aufstieg standen wir vor dem Billionär und Trillionär.

Und immer noch schwall der Geldstrom und wurde so reichend, daß viele händeringend um Hilfe riefen und, da keine Rettung möglich war, von der machtvollen Flut fortgerissen wurden und ertranken.

Amerika hatte man uns vor vielen Jahren bereits als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten aufgezeigt — ach, wir sind längst das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten — und uns erzählt, daß in Amerika die Kaiser und Könige des Kapitals leben.

Die Gould und Rodesseler, die Morgan und Astor, die Carnegie und Vanderbilt, und fromme Seelen unter uns beteten jeden Abend im stillen Kämmerlein: Lieber Gott, beschütze mich doch ein ganz kleines Stück von diesem Glück.

(Wahrhaft religiöse Menschen sind immer bescheiden und — nicht zugleich.)

Als der Geldstrom bei uns so groß und gewaltig war, lachten wir über diese Kaiser und Könige des Kapitals, wie wir über alle Kaiser und Könige lachen.

Bei uns war jeder Bettler mehrfacher Millionär, und wir alle konnten uns als finanzgeschichtliche Abnormitäten im Panoptikum eines jeden Staates mit Chelvaluta — so sagt man ja wohl zu dem süßen Ding — sehen lassen.

Und nun soll es mit der Geldflut und der Freude an den Massen des Geldes vorbei sein.

Jetzt heißt es Abschied nehmen vom Geldsack und von der durchsichtigen, behäbigen Geldtasche. Jetzt soll man wieder zurückkehren zu dem Postmonnaie, klein und bescheiden.

Das bedeutet die neue Währung, die Rentenmark und die Fest- oder Goldmark.

Schuld an dem Schwinden der Millionäre und Milliarden und Billionäre haben natürlich die verdammten Margisten.

Früher sagte und sang man: Gott strafe England! und heute heißt es: Gott strafe die Margisten!

Im Prinzip ist es dasselbe, weil es denselben Blödsinn bedeutet.

Aber dieser Blödsinn ist wertbeständig, was man von der neuen Währung leider noch nicht behaupten kann.

Paul Padan.

**Die Abzüge für die Erwerbslosenfürsorge.** Auf Grund der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 18. 10. 1923 sind die Arbeitgeber verpflichtet, bei Einzahlung der Krankentassenbeiträge zugleich 20 % dieser Beiträge für die Erwerbslosenversicherung mitanzuzahlen. Für die Aufwertung bei Zahlungsverzug sind die Bestimmungen über Zahlungsverzug der Krankentassenbeiträge maßgebend. Der Zuschlag zu den Krankentassenbeiträgen beginnt erst vom 5. November ab.

**Weitere Erhöhung der Milchpreise.** Ein Liter Vollmilch kostet jetzt in Lübeck 19 Milliarden Mark. — In der letzten Sitzung hat die Hamburger Butternotierungskommission einen Großhandelsabrechnungspreis von 180 Milliarden notiert. Dieser Preis liegt der Berechnung des Milchpreises zugrunde, der wie jener infolge der Geldentwertung, der Entwicklung der Preise für Gefäßstoffe und der Steigerung der Frachten eine wesentliche Erhöhung erfährt. Ab Sonntag kostet in Hamburg 1 Liter Vollmilch 28 Milliarden Mark.

**Eine ständige Sanitätskammer** hat die Lübecker Sanitätskolonne vom roten Kreuz seit dem 1. November im Kanalgebäude eingerichtet. Diese Wache ist nach dem Vorbild anderer Großstädte mit ständigem Sanitätspersonal besetzt und so ausgerüstet, daß sie nicht nur in einzelnen, sondern auch bei Massen-Anfällen oder sonstigen Vorkommnissen, jederzeit erste Hilfe leisten kann. Gleichzeitig hat die Kolonne sich bereit erklärt, den Transport von Kranken zu übernehmen und zwar in solchen Fällen, in welchen der Zustand des Kranken den Transport mit den der Kolonne zur Verfügung stehenden Transportmitteln (mehrere fahrbare und abnehmbare Tragen, Tragekorb und einfache Tragbahre) gestattet und wo die wirtschaftliche Lage der Betroffenen einen Transport mit den städtischen Wagen nicht erlaubt. Anmeldungen werden in der Wache (Rotes Kreuz) im Kanalgebäude bis 12 Uhr vormittags erbeten. Transporte können vorläufig nur in den Abendstunden ausgeführt werden.

### Ein Brot 68 Milliarden.

Kein Tag vergeht ohne erschütternde Preissteigerungen. Von heute ab kostet ein Brot 68 Milliarden Mark. Wie uns versichert wird, war diese Steigerung notwendig, weil die Brotpreise den Getreidepreisen nicht gefolgt seien und die Bäckereien nicht mehr in der Lage seien, das nötige Getreide aufzukaufen. Es sollen Versuche im Gange sein, Getreide von den Beständen der Reichsgetreidewirtschaft zu erhalten. Dadurch würde es möglich sein, eine Zeitlang eine größere Stabilität im Brotpreis herzustellen. Damit würde auch der widerlichen Brothamsterei Einhalt getan, die heute auf Kosten der Zahlungsschwachen getrieben wird. — In Berlin soll übrigens wieder die Brotkarte gerade aus diesem Grunde eingeführt werden.

### Chelliches Spiel?

Nach erfolgter Lohnzahlung ziehen die Arbeiter mit großen Papiergeldbündeln zum Fabriktor hinaus. Jeder wohl hundertfacher Milliardenär. Der Unternehmer steht am Fenster und sagt zu seinem Buchhalter: Die Leute können einem doch Leid tun, denn wenn sie mit ihrem Gelde in die Stadt kommen, können sie sich dafür nichts mehr kaufen.

Was würde wohl dieser Unternehmer sagen, wenn die Belegschaft am anderen Tage kommen würde mit der Bitte, weitere Zahlungen zu leisten, da mit dem erhaltenen Lohn nichts anzufangen sei. Wir können uns die Antwort ersparen, denn jeder kennt sie. Betriebsstilllegung — Substanzverlust — Kapitalmangel etc. Wir kennen aber auch die Gegenseite, wie der Unternehmer sich vor der Geldentwertung schützt. — Berechnung erfolgt in Goldmark, umgerechnet zum Mittelfuß des Dollars bei Zahlungseingang — Geldentwertungschaden und Zinsverlust vorbehalten. Wie wäre es, meine Herren Unternehmer, wenn der Arbeiter auch solche Bedingungen stellte. Da es in ihren Bedingungen aber auch noch heißt — freibleibend — so dürfen wohl auch die Arbeiter wesentlich neu kalkulieren. Ich denke, wir werden uns, sie sind doch Kaufleute. Was der Mensch braucht,

muß er haben. Der Arbeiter nennt das „Gleiches Recht für alle“. Im Geschäftsleben spricht man wohl von Treu und Glauben. — Wer sich besonders vornehm dünkt, sagt wohl „fair“, d. h. ehrliches Spiel.

### Miete für möblierte Zimmer.

Vom Einigungsamt wird uns geschrieben: Die Schlüsselzahl zur Errechnung der gesetzlichen Untermiete für möblierte Räume ist inzwischen auf 700 Millionen gestiegen. Bei einem Friedensmietwert des untervermieteten leeren Raumes von monatlich 7, 9, 12, 16 oder 20 Mark würden also, der Reihenfolge nach, folgende Grundbeträge für den Monat November ergeben:

|   | 4,9         | 6,8         | 8,4         | 11,2       | 14 |
|---|-------------|-------------|-------------|------------|----|
| Dazu:   |             |             |             |            |    |
| a) für Abnutzung der Einrichtungsgegenstände: 200 % =                       | 9,8         | 12,6        | 16,8        | 22,4       | 28 |
| b) für Reinigung des Zimmers: 500, 300, 400, 350 bezw. 300 % =              | 24,5        | 31,5        | 33,6        | 39,2       | 42 |
| c) für Abnutzung und Reinigung der Wäsche: 300, 300, 250, 200 bezw. 200 % = | 14,7        | 18,9        | 21          | 22,4       | 28 |
| <b>zus. 53,9</b>  | <b>69,3</b> | <b>79,8</b> | <b>95,2</b> | <b>112</b> |    |

Kaffee, Licht, Heizung und sonstige Nebenleistungen (Schuhputzen, Anfrähandlung der Kleiderstücke u. dergl.) sind in angemessener Weise besonders zu veranlassen. Werden die untervermieteten Räume von mehreren Personen benutzt, so ist ein angemessener Sonderzuschlag, etwa in Höhe eines Viertels der erwähnten Beträge, zu leisten. Es empfiehlt sich, bei der Mietzahlung Nachforderungen vorzubehalten, für den Fall, daß im Laufe des Monats November weitere Steigerungen eintreten.

### Die Postgebühren ab 5. November.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 5. November im Post- und Postschekverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 200 Millionen. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 300 Millionen, über 20 bis 100 Gramm 600 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 1 Milliarde, über 250 bis 500 Gramm 1200 Millionen. Postkarten im Fernverkehr 500 Millionen. Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 1 Milliarde, über 20 bis 100 Gramm 1400 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 1600 Millionen, über 250 bis 500 Gramm 1800 Millionen. Pakete in der ersten bis dritten Zone bis 3 Kilogramm 2500, 3000 und 5000 Millionen, über 3 bis 5 Kilogramm 3500, 7000 und 7000 Millionen, über 5 bis 6 Kilogramm 4000, 8000 und 12 000 Millionen. Postanweisungen bis 10 Milliarden 500 Millionen, über 10 bis 50 Milliarden 800 Millionen, über 50 bis 100 Milliarden 1200 Millionen, über 100 bis 300 Milliarden 1600 Millionen, über 300 bis 500 Milliarden 2000 Millionen. Zahlkarten bis 10 Milliarden 200 Millionen, über 10 bis 50 Milliarden 400 Millionen, über 50 bis 100 Milliarden 600 Millionen, über 100 bis 300 Milliarden 800 Millionen, über 300 bis 500 Milliarden 1000 Millionen, über 500 Milliarden 1200 Millionen. Die Auslandsgebühren betragen vom 5. November an für Postkarten 2400 Millionen, jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei 1800 Millionen. Briefe bis 20 Gramm 4000 Millionen, und für jede weitere 20 Gramm 2000 Millionen Mark mehr.

### Die „Kämpfer“!

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, berief die „Kommunistische Partei Deutschlands“ Sektion der dritten Internationalen, Ortsgruppe Lübeck (wie Nickel einleitend ausführte) am Sonntagabend eine Versammlung ins Gewerkschaftshaus. Roß sollte den Unabhängigen Antwort auf die Frage geben: „Wer versagt, und wer kämpft?“ und begann also: „Angehts des Wiedererscheinens des hiesigen sogenannten Organs der arbeitenden Bevölkerung, des Lübecker Volksboten...“ Da mußte man wieder einmal, wohin die Fahrt gehen würde. Unerbittlich verurteilte Roß alle „Verleger“: den Reichspräsidenten, die sozialdemokratischen Führertrüffel. „Besonders schmerzhaft ist Roß anheimelnd davon berührt, daß die Lübecker Sozialdemokratie gerade in den letzten Tagen scharf von der KPD, und ihren Methoden abgerückt ist, und daß die Lübecker „Prominenten“ öffentlich der Feindschaft beschuldigt wurden. Roß meinte, daß hätte denen von der SPD, wohl so passen können, daß die Führer der KPD ins Zuchthaus gekommen wären. Er gab den Vorwurf Feindschaft zurück, indem er fragte, wo die Führer der SPD waren, als sie sich in den verschiedenen Versammlungen „verantworteten“ sollten. Und so ging es etwa anderthalb Stunden lang, unterbrochen von einem Ausflug in das Land der Sehnsucht: Rußland, das sich stabilisiert und Korn und andere Lebensmittel exportiert. Roß rief dann zum Entscheidungskampf auf; denn — so feierte er; es ist 5 Minuten vor 12 — es ist 12 — nein, es ist schon nach 12 — — Bevor ich den nächsten Redner das Wort erteile, ist folgende Resolution eingegangen“ veränderte dann Nickel und verlas eine Forderung auf Freilassung der auf Anordnung des Wehrkreiskommandeurs verhafteten Lübecker Kommunisten. In der Aussprache, bestritten von Frau Grewe und einem Vertreter der Sozialdemokraten, schloß es ununterbrochen „Mörder, Mörder!“ Ueberflüssig zu erwähnen, wer die Mörder sind. Das Schlußwort von Roß beendete die Versammlung, die 500 Mill. Eintrittsgeld kostete und an deren Schluß zum Opfer „Für die politischen Gefangenen“ aufgefördert wurde.

**Wertbeständige Sparkonten** auf der Grundlage der Goldanleihe des Reiches wurden bei der Spar- und Anleihekasse sowie der Vorhut- und Sparvereinsbank in Lübeck eingerichtet.

**Wertbeständige Staatslotterie.** Preussisch-Süddeutsche Staatslotterie. Bei dem fortwährenden Wertmangelsverfall ist die Auspielung einer weiteren Lotterie in Papiermark unmöglich. Die General-Lotterie-Direktion hat sich deshalb entschlossen, zunächst eine einklassige wertbeständige Lotterie durch Auspielung von Stücken der Reichsanleihe durchzuführen. Die Gewinne werden ohne irgend welchen Abzug in Stücken der Goldanleihe ausgezahlt. Die Gewinnsumme beträgt insgesamt 1 800 000 Goldanleihe-Mark. Die Ziehung dieser wertbeständigen Lotterie findet bereits am 14./15. Dezember statt. Da die Losanzahl nur 100 000 beträgt statt 880 000 der letzten Klassenlotterie, so können die bisherigen Spieler naturgemäß für diese wertbeständige Lotterie ihre altgewohnte Nummer nicht wedererhalten, sondern müssen eine neue Nummer nehmen. Die Lose sind eingeteilt in ganze, halbe und zehntel Lose und kosten ein zehntel Los 4,20 Goldanleihe-Mark, ein halbes Los 21 Goldanleihe-Mark und ein ganzes Los 42 Goldanleihe-Mark. Der niedrigste Gewinn beträgt 24 Goldanleihe-Mark = 20 Dollar, der höchste Gewinn 210 000 Goldanleihe-Mark = 50 000 Dollar. Durch Einrichtung dieser wertbeständigen Lotterie kommt die Verwaltung den Wünschen des Publikums in weitestem Maße entgegen, zumal die letzte Klassenlotterie durch die katastrophale Geldentwertung ihren Anreiz verloren hat. Die Lose werden im Laufe dieser Woche bei den Lotterie-Einnehmern eintreffen.

**Nächste Abfahrten der Dampfer des Norddeutschen Lloyd.** Nach Nordamerika: Präsident Roosevelt 7. Nov., Canopus 7. Nov., Sierra Ventana 14. Nov., Präsident Harding 14. Nov., Bremen

17. Nov., Devlathan 20. Nov., Präsident Fillmore 21. Nov., George Washington 27. Nov., Derflinger 27. Nov., München 30. Nov. Nach Philadelphia—Baltimore: Porta 30. Nov. Nach Savana—Galveston: Hannover 17. Nov. Nach Südamerika: Graf 3. Nov., Sierra Nevada 17. Nov., Werra 1. Dez., Gotthard 15. Dez., Welfer 5. Jan. Nach Brasilien: Erfurt 21. Dez., Niemburg 11. Jan. Nach Ostasien: Saarbrücken 17. Nov., Coblenz 12. Jan., Wachen 15. Dez., Ludwigshafen 9. Febr. Mitgeteilt von C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

**Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie.** Hbg.-Nordamerika: Nach New York: D. Albert Ballin 8. 11., D. Thüringia 15. 11., D. Resolute 17. 11., D. Hansa 22. 11., D. Cleveland 29. 11., D. Keltance 1. 12., D. Westphalia 6. 12. Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Fürst Bülow 9. 11. Nach Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. Gmden 23. 11. West-Nordamerika: M. S. Jiss 17. 11., D. Ingram 1. 12. Hbg.-Cuba-Mexico-Westindien: D. Jdarwald 7. 11., D. Cosatta 20. 11., D. Eschb 10. 11., D. Denderah 23. 11. Hbg.-Südamerika. La Plata-Dienst: D. Leutoni 8. 11., D. Liguria 15. 11., D. Baden 23. 11. Brasilien-Dienst: D. Antiochia 8. 11. Hbg.-Ostasien: Engl. D. Laomedon 10. 11., D. Saarbrücken 17. 11., Engl. D. City of Canterbury 24. 11., M. S. Münsterland 1. 12. F. D. Klingström, Lübeck.

**Hansa-Theater.** Die Unterhaltungsbühne in der Moislinger Allee hat wieder ein Zugstück aufgegriffen. Eines jener Gattungen, in dem wiederlicher Untertanengeist mit Adelstolz inkarniert. Der jahrhundertlang gepflegte Glaube, daß blaublütige Wern edlere Gemächte zieren, wird auch heute noch gern gepflegt und nicht nur im Theater. Mit Vorliebe wird versucht, den verlogenen Nimbus mit einem trottelhaften Auserwählten zu glätten, der die Geliebte aus bürgerlicher Spüre in den Grafenstand zu erheben. Ein beliebter Vorwurf für Operetten-Schreiber. Wenn der nötige Spirit durch drei Akte hindurch langt, und der Komponist musikalische Routine besitzt, dann läßt man sich auch durch falschen Schein gern trügen. Konowitsch und Linné verziehen dieses Handwerk. Die schöne Rivalin bietet einige Stunden frohliche Unterhaltung, angenehm durchwürtzt mit lebensfroher und leichtbeherrschter Innerehrlichkeit. Die Operette wird belebt durch den Eifer der mitwirkenden Künstler. Allen voran Reinhold Wolf, der als Baron und Konjul seine unverwundliche Komik breit ausstreut. Ein prächtiges Schenkwirtsmädel und Pseudobaronin war Herta Witt, die ihr zartes Organ im Laufe des Spiels zu respektvollem Ausklang feigerte. Als letzte Liebhaber standen ihr Richard Rakka und Gerd Chaler wettbewerbend und beifallempfangend zur Seite. Als Rivalin der Schenkwirtstochter gastierte Margret Wagner von der Hamburger Volksoper. Ein angenehmer Sopran strömte von ihr aus, doch hätte ihre Baronin impulsiver sein dürfen. Im dritten Akt stellte Hans Arim noch einen jamosen tropenkollektionsbesessenen Grafen auf die Bühne. Alles Drum und Dran der Ausstattungsoperette war durch den Spielleiter Willy Raven geschickt inszeniert und da auch Kapellmeister Fritz Dahm die Kapelle gut im Zügel hatte, fehlte es nicht an gutem Gelingen.

**Auslandshilfe für Deutschland.** Wie gemeldet wird, hat sich in Wien unter dem Schutze des Bundesministers für Heerwesen, Baugoin, ein Komitee gebildet, das angesichts der im Deutschen Reich herrschenden furchtbaren Notlage es sich zur Aufgabe stellt, durch Sammlungen und Spenden zur Linderung des deutschen Leides beizutragen. — Das holländische Komitee Kreuz veröffentlicht einen Aufruf, in dem die furchtbare Notlage des deutschen Volkes geschildert und das niederländische Volk aufgefordert wird, dem östlichen Nachbarn des Landes in derselben großzügigen Weise zu Hilfe zu eilen, wie es dies seinerzeit anlässlich der russischen Hungersnot getan habe. — Die neue Sammlung von Hilfs-geldern für das notleidende deutsche Volk, die in den Vereinten Staaten begonnen hat und an deren Spitze General Allen, der ehemalige Befehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Koblenz, als Vorsitzender des Nationalauschusses steht, hat mit ganz besonderer Energie in Chicago eingeleitet. Einem Telegramm zufolge hat Herr Julius Rosenwald mit einer Zeichnung von 100 000 Dollar die Chicagoer Sammlung eröffnet. Es soll begründete Aussicht bestehen, daß die Sammlung in Chicago die Summe von einer Million Dollar überschreiten wird. Dankbar werden die hungernden Deutschen mit ihren Kindern die amerikanische Freundeshilfe entgegennehmen. In der Kulturgeschichte unseres Volkes aber wird es ein unauslöschbares Schandmal für die großgütige Bevölkerung bleiben, daß sie die eigene deutsche Erde und deutschem Blut entsprossene Großstadt- und Industriebevölkerung bei vollen Scheunern verhungern läßt und daß ein Kerl, der das Ehrenamt eines Volksvertreters hat, es wagen darf, das auch noch öffentlich ungestraft auszusprechen.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Hansa-Theater.** Der Erfolg, den die Operette „Die schöne Rivalin“ mit Margret Wagner als Gast zu verzeichnen hat, steigert sich von Tag zu Tag. Es ist noch eine Reihe von Aufführungen zu erwarten.

### Zur Beendigung des Streiks in der Metallindustrie.

(Der Artikel mußte wegen Raumangel zurückgestellt werden.) Am Mittwochabend voriger Woche wurde der Abbruch eines Kampfes beschlossen, auf den ein Teil unserer Kollegen große Hoffnungen gesetzt hatte, der Kampf der Metallarbeiter um einen vernünftigen Goldlohn — leider, wie offen zugestanden werden muß — nicht mit dem gewünschten Erfolg. Wenn auch ein Abschluß auf Goldbasis erzielt ist, so ist die Höhe des Lohnes längst nicht als ausreichend anzusehen. Warum konnte dieser Kampf nicht zu einem vollen Erfolg führen? Diese Frage wird sich ein jeder vorlegen müssen. Sie muß dahin beantwortet werden, daß die Voraussetzung nicht gegeben war und zwar deswegen nicht, weil die Einleitung dieses Kampfes nicht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen erfolgt ist. Zu Anfang voriger Woche, als infolge des ungeheuerlichen Verfalls unserer Währung sich in fast allen Betrieben eine große Erregung bemerkbar machte, die durchaus verständlich ist, mußte unter allen Umständen versucht werden, weil eine andere Lösung nicht mehr möglich ist, einen Abschluß auf Goldbasis zu erzielen. Die Verhandlungen hierüber waren eingeleitet und im Fluß. Wenn sie auch noch nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt hätten, so muß doch zugestanden werden, daß ein wesentlich besseres Lohnabkommen als bisher erzielt war und es ist selbstverständlich, daß die Kollegen den berechtigten Wunsch hatten, zu dem Abschluß Stellung zu nehmen und daher begreiflich, daß noch während der Verhandlungen Anträge gestellt wurden auf sofortige Einberufung einer Versammlung der Gruppe 3. Die Verhandlungskommission stand zunächst auf dem Standpunkt, daß am gleichen Tage eine Versammlung nicht mehr stattfinden könne, weil eine ordnungsmäßige Benachrichtigung der Betriebe nicht mehr stattfinden

konnte. Als dann trotzdem auf Drängen der Kollegen eine Versammlung einberufen wurde, wurde von vornherein von mir betont, daß eine Abstimmung in dieser Versammlung nicht stattfinden dürfte, ebenso wurde verlangt, daß in dieser Versammlung nur organisierte Kollegen teilnehmen dürften, die in der Gruppe 3 beschäftigt waren. Beide Voraussetzungen sind nicht befolgt worden. Einmal sind nicht alle Betriebe benachrichtigt worden, zum anderen hatten die Teilnehmer der Versammlung keinen Hinweis darüber, wo sie beschäftigt waren, so daß es sich nicht um eine Versammlung der Gruppe 3, sondern um eine Volksversammlung handelte. Daß hier ein Beschluß über einen Streik nicht gefaßt werden konnte, ist für jeden Gewerkschaftler ohne weiteres klar. Trotzdem hat sich der Versammlungsleiter auf das Drängen der Versammlungsteilnehmer dazu bewegen lassen, eine Abstimmung vorzunehmen, die natürlich bei der Erregung, die in den Reihen herrschte, die einstimmige Annahme des Antrages auf Arbeitsniederlegung ergab. Es dürfte auch nicht in dieser Versammlung an Leute das Wort erteilt werden, die nicht in der Gruppe 3 beschäftigt waren. Auch dieses ist geschehen. Die Kommunisten, die natürlich ein lebhaftes Interesse, infolge der Vorgänge in Sachsen und Hamburg, daran hatten, daß die Lübecker Metallarbeiter in den Streik eintreten, schickten als Redner den Kollegen Kofz vor, der nicht bei einer Mitgliedsfirma der Gruppe 3 beschäftigt ist, trotzdem aber mit seiner ganzen Beredamkeit für den Streik eintrat. Die Folge war, daß am nächsten Morgen die Arbeit in fast allen Betrieben nicht wieder aufgenommen wurde. Unter dem Druck dieser Verhältnisse fanden dann Verhandlungen statt, welche damit endeten, daß die Arbeitgeber sich grundsätzlich damit einverstanden erklärten, einen Goldlohn zu zahlen, der in der Spitze 42 Pfennig betragen sollte. Dieses Angebot mußte natürlich abgelehnt werden, weil es zurecht niedriger war als der Lohn, der sich nach dem Index ergeben hätte. In geheimer Abstimmung wurde dann auch mit überwiegender Mehrheit die Fortsetzung des Streiks beschlossen, trotzdem von vornherein feststand, daß die Gewerkschaften Unterstützung nicht zahlen konnten. Nacheinander wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der den Lohn auf 48 Pfennig festsetzte. Während die Arbeitnehmer diesen Schiedsspruch annahm, lehnten die Arbeitgeber denselben ab, so daß kein anderer Weg übrig blieb, als die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Wie erregt die Arbeitgeber über den Schiedsspruch waren, ist daraus zu erkennen, daß sie sogar beim Senat beantragt haben, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Herr Regierungsrat Puhlschneider, seines Postens entsetzt würde, weil er nicht die Tragfähigkeit der Wirtschaft genügend beachtet hatte. Ob das zutrifft, kann ich natürlich nicht beurteilen. Daß eine Verbindlichkeitsklärung nicht erfolgen würde, war unter diesen Umständen vorauszu sehen und es ist dann auch so gekommen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß eine gerechte Abweigung der Interessen beider Teile durch den Schiedsspruch nicht erfolgt sei, insbesondere sei die Leistungsfähigkeit der Betriebe nicht genügend begründet worden, eine Auffassung, die ich durchaus nicht teilen kann. Die Versammlung, die sich nunmehr mit der Frage beschäftigte, beschloß, an den Ortsausschuß heranzutreten, um den Generallstreik zu proklamieren. Der erweiterte Vorstand des Ortsausschusses konnte sich hierzu nicht entschließen, weil auch er sich von dieser Maßgabe nicht den gewünschten Erfolg versprach. Verhandlungen, die seitens des Ortsausschusses eingeleitet waren, waren vollständig erfolglos. Die Arbeitgeber erklärten, mit ihrem Angebot schon weit über das Maß dessen hinaus gegangen zu sein, was an anderen Orten schon abgeschlossen sei. Auch ging dieses Angebot schon über die Leistungsfähigkeit einzelner Betriebe hinaus, trotzdem soll es aufrecht erhalten bleiben. Vorbehaltlich müßten sich die Betriebe aber, einen erheblichen Teil ihrer Belegschaft nicht wieder einzustellen, weil sie teilweise nicht die Aufträge hätten, teilweise auch nicht die Geldmittel beschaffen könnten, die zur

Zahlung notwendig seien. Maßregelungen sollten allerdings nicht stattfinden. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Gruppe 3, die fast täglich zum Austraten, mußten zu dem Ergebnis kommen, daß unter den gegebenen Verhältnissen an einen Erfolg nicht mehr zu denken sei, vielmehr würden den Kollegen Opfer auferlegt, die letzten Endes nicht mehr zu tragen seien. Es wurde daher beschlossen, weil an eine ordnungsmäßige Abstimmung in der Versammlung nicht zu denken war, die Arbeit zu den vom Arbeitgeberbund angebotenen Bedingungen wieder aufzunehmen. Trotzdem versuchten die Kommunisten, auch in dieser Versammlung mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß der Streik fortgesetzt würde, und hier mußte nun der Kollege Kofz zum ersten Male erleben, daß ihm daselbe passierte, was fast allen Rednern der SPD passiert, wenn sie es wagen, den kommunistischen Tiraden entgegenzutreten, nämlich, daß er niedergeschrien wurde. So ist nun damit der Kampf beendet, der zweifellos bessere Erfolge hätte bringen können, wenn er anders eingeleitet wäre und nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt wäre. Es hat sich hier einmal wieder gezeigt, daß die Gewerkschaften sich ihre Taktik nicht von den politischen Parteien vorzeichnen lassen können. Wichtige Gesichtspunkte, die von den Gewerkschaften unbedingt beachtet werden müssen, sind hier außer acht gelassen. Einmal war nicht zu vergessen, daß wir unter dem Ausnahmezustand lebten und unsere Presse verboten war, so daß wir also nicht so, wie es nötig war, auf die öffentliche Meinung einwirken konnten. Unsere Berichte sind restlos in den Papierkorb gewandert. Zum anderen aber dürfte nicht vergessen werden, daß das Unternehmertum sich in Generalangriff gegen die Arbeitnehmer befindet, indem es ihm darauf antwortet, die für sie lästigen Demobilisierungsvorschriften zu befolgen. Ebenfalls sind sie dabei, die kimmerlichen Rechte der Betriebsräte zu befechtigen. Bisher konnten sie ihre Kläne nicht verwirklichen, weil diese Bestimmungen doch noch zu Recht bestanden, es dürfte ihnen also nicht die Möglichkeit gegeben werden, auf eine so bequeme Art ihre Wünsche in Erfüllung zu bringen. Ebenfalls wurde der Hauptstreik nicht berücksichtigt, daß wir uns in einer wirtschaftlichen Krise befinden, wie wir sie noch nicht erlebt haben, so daß es letzten Endes für das Unternehmertum kaum einen Verlust bedeutet, wenn es seine Betriebe eine Zeitlang stilllegen kann. Diese gewiß schwerwiegenden Gesichtspunkte müssen bei Kämpfen rein wirtschaftlicher Art, wie dieses einer war, berücksichtigt werden. Die Gewerkschaften können sich, wenn sie Erfolg haben wollen, den Zeitpunkt ihrer Kämpfe nicht vorzeichnen lassen, sondern müssen ihn selbst auswählen. Die Lübecker Arbeiter hätten aber aus den Vorgängen, die sich im ganzen Deutschen Reich, besonders auf den Werften abgepielt haben, erkennen müssen, was die Unternehmer vorhaben. Die Abmachung, daß Maßregelungen nicht vorgenommen werden sollten, ist nur von einem Teil der Betriebe eingehalten worden, vielfach hat man unbenutzte Betriebsräte überhaupt nicht wieder eingestellt, auch wenn sie schon 30 und mehr Jahre ihre Arbeitskraft demselben Unternehmer zur Verfügung gestellt haben. Hunderte von Kollegen sind nicht wieder eingestellt worden und können das Heer der Erwerbslosen vermehren. Alle Arbeitsfreudigen, die auf Grund der Demobilisierungsvorschrift vorgenommen wurden, sind aufgehoben, so daß also das Unternehmertum mit einem Schläge alles erreicht hat, was es schon monatelang angestrebt hat. Dieses sind bittere Tatsachen, aber sie müssen ausgesprochen werden, wenn unsere Kollegen erkennen wollen, wie es nicht gemacht werden darf. Hätten wir dem Drängen der Kommunisten nachgegeben und den Streik noch einige Tage fortgesetzt, so war mit sicherer Gewißheit vorauszu sehen, daß die Massen infolge der Not auseinandergefallen und einzeln wieder in die Betriebe gegangen wären. Dann wäre auch das Hauptziel der Unternehmer, die Zersplitterung der Gewerkschaften, zweifellos von ihnen erreicht, dieses zu verhindern, mußte unsere vornehmste Aufgabe sein.

Wir haben eine Schlacht verloren, aber wir sind nicht besieg, wenn wir aus den Fehlern, die in diesem Kampf gemacht worden sind, die nötigen Konsequenzen ziehen.  
**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 J. A.: A. Löwig

**Angrenzende Gebiete.**  
**Kreis Stormarn.** Sozialdemokratischer Kreisverband Stormarn. Der außerordentliche Kreisvertretertag in Ahrensburg ist am Sonntag, 11. November, festgesetzt. Zur Tagesordnung werden sprechen Genosse Reichstagspräsident Löbe und Genossin Louise Schröder-Klona. Zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen und -genossinnen wird erwartet.  
**Hamburg.** Ein Aufruf der Hamburger Gewerkschaften an die Regierung besagt u. a.: „Die ganze noch vorhandene Autorität des Staates und alle, auch seine militärischen Machtmittel müssen sofort und mit brutaler Rücksichtslosigkeit benutzt werden, um wenigstens den deutschen Devisenpekulanten und Schiebern das Handwerk zu legen. Die militärischen Machtmittel des Staates müssen auch gegen die die Ernährung Deutschlands labotierenden Landwirte Anwendung finden. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Arbeitnehmerschaft noch an der Aufrechterhaltung der Wirtschaft zu interessieren und in den Betrieben zu halten. Geht auch dieser Appell der Gewerkschaften an die Regierung verloren, dann können die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer keinerlei Verantwortung mehr für Ruhe und Ordnung übernehmen, dann droht das entsetzliche Durcheinander. Die Gewerkschaftsmitglieder erziehen wir, den um die Existenz der Arbeiterklasse schwer ringenden und noch dazu mit größten finanziellen Schwierigkeiten kämpfenden Gewerkschaften nicht in den Rücken zu fallen. Die Arbeitnehmerschaft darf sich nicht zu nutzlosen Verzweiflungsausbrüchen durch Deputationen, Aktionsausschüsse, unionistische und syndikalistische Kampfweise verleiten lassen.“

**An unsere Leser!**  
 Noch immer ist der fortschreitenden Entwertung der Reichsmark nicht Einhalt geboten. Die wenige Tage anhaltende Stabilisierung der Dollar-Notierung in Deutschland hat einem erhöhten, bisher nicht dagewesenen Rückschlag Platz gemacht, der an den ausländischen Börsen eine Vorbereitung fand. Alle Hoffnungen und Erwartungen, endlich zu einem Stillstand im Abgleiten der Werte zu kommen, sind hierdurch zu Schanden gemacht. Wie alle Zeitungen, sind auch wir zur Aufrechterhaltung des Betriebes gezwungen, uns einigermaßen den abgleitenden Werten anzupassen und eine anderweitige Festsetzung der Bezugs- und Anzeigenpreise vorzunehmen. Daß diese Erhöhung nur einen teilweisen Ausgleich der aufgewandeten Werte entspricht, wird durch den Umstand bewiesen, daß wir von alten Lagerbeständen arbeiten ohne auch nur die notwendigsten Neuanschaffungen machen zu können. Wir bitten deshalb unsere Abonnenten, diese Tatsache zu berücksichtigen und dem Lübecker Volksboten treu zu bleiben. Das deutsche Volk und insbesondere die Arbeiterschaft braucht in heutiger Zeit mehr wie je eine unabhängige Presse. Diese kann nur bestehen, wenn der vorstehenden Bitte entsprochen wird.  
 Verlag des Lübecker Volksboten.

**Amtlicher Teil**

**Versammlung der Bürgerschaft**  
 am Montag, d. 12. November, abends 6 Uhr.  
 Der Vorsitzende: G. Ehlers.

**Die Guthabe für Gas, Elektrizität und Wasser**

kosten am Dienstag dieser Woche

|   |                |
|---|----------------|
| I für 1 cbm Gas   | 21 000 000 000 |
| II. 1 Kilowattst. Lichtstrom                            | 42 000 000 000 |
| 1 Kraftstrom  | 28 000 000 000 |
| III. 1 cbm Wasser                                       |                |
| A. in Lübeck:   |                |
| 1. für Haushaltzwecke                                   | 12 000 000 000 |
| 2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbr. | 24 000 000 000 |
| B. in Travemünde  | 12 000 000 000 |
| IV. für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:         |                |
| 1. Häuser mit Leitungen                                 | 18 000 000 000 |
| 2. Häuser ohne Leitungen                                | 6 000 000 000  |

Städtische Betriebe.  
 8067)

**Güterrechtsregister.**

Am 3. November 1923 ist bezüglich der Ehe des Kaufmanns Hermann Verthold Reichold Schmidt und Magda Berta Rosalie Klara, geb. Lübbert, in Lübeck eingetragen: Die Verwaltung und Nutzung des Ehemannes am eingebrachten Gute der Ehefrau ist durch Ehevertrag vom 9. Oktober 1923 ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.  
 Amtsgericht Lübeck.  
 8089)

**Zusatzentgeltzahlung für Kriegshinterbliebene**

für die Buchstaben

|     |                  |                          |
|-----|------------------|--------------------------|
| A-E | Montag, 5. 11.   | 8 $\frac{1}{2}$ -10 Uhr. |
| F-G | 5. 11.           | 10-12 Uhr.               |
| H-L | 5. 11.           | 3-5 Uhr.                 |
| M-O | Dienstag, 6. 11. | 8 $\frac{1}{2}$ -10 Uhr. |
| P-R | 6. 11.           | 10-12 Uhr.               |
| S-Z | 6. 11.           | 3-5 Uhr.                 |

im Beschlusssamt, Zimmer 28.  
 Das Wohlfahrtsamt.  
 8075)

**Nichtamtlicher Teil**

**Erfahrener Meister**  
 1 Zentner Stationen für die Besetzung eines horizontalen Gattersjourns gesucht. Ang. unt. 6 426 an die Exp. d. Bl. (8074)

Zu taufchen 1 Kinderwagen gegen Kanonenofen. Ang. unt. 6 427 an die Exp. d. Bl. (8055)

**NG** Notgemeinschaft für Bestattungen e. V. Lübeck.

Nach dem gemeinschaftlichen Beschluß von Vorstand und Kontrollauschuß am 2. November betragen die Beiträge für die Zahltag am 10. und 17. November in den drei Beitragsklassen

**6, 10 u. 12 Goldpfennig** pro Woche.

Im Sterbefall kann der Vorstand einen Gutschein gewähren, durch welchen die Kosten der Bestattung in der Gem. Bestattungsgesellschaft gedeckt werden. Beitragszahlung und Aufnahmen in der Geschäftsstelle Hundestrasse 45/1. Das Eintrittsgeld wird gleichfalls nach Goldpfennig auf Grund der Zahlen auf den Aufnahme Scheinen erhoben, die Klara hängt in der Geschäftsstelle aus.

Versammlung aller Bezirksvorstände am Donnerstag, dem 8. November, abends 7 Uhr, bei Lander, Hundestrasse.  
 8084)

**Steppdecken** (auch Neuhäutchen). Spielmann, Breite Str. 3. (8077)

**Eimerbier** Dienstag von 3-6 Uhr. H. Baeß.  
 8078)

**Kauf v. Gold- und Silber-Strich** Gebirg, eing. Jahrb. Willi Westphaling  
 8079)

**28 500**

Mitglieder der freien Gewerkschaften, der freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände und der Gewerkschaften der Beamten in Lübeck

**lesen den**

Lübecker Volksboten als offizielles Publikationsorgan des ADB., der Afa und des Allg. Deutschen Beamtenbundes. Wer erfolgreich inserieren will, benutze daher den

**„Lübecker Volksboten“**

**König kauft Felle**  
 Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!  
**Karl König** (8087)

|   |   |  |
|---|---|--|
| <b>Hamburg,</b><br>Zenghausmarkt 2.<br>Fernruf Merkur 5128. | <b>Bergedorf,</b><br>Kehberg 2.<br>Fernruf Nr. 777. | <b>Leipzig,</b><br>Pachhofstraße 3.<br>Fernruf Nr. 29 519. |
|---|---|--|

**Eigene Fabrik für Pelzveredelung!**

**Prima Kernleder-Sohlen.** 25 Beckergrebe 25. (7364)

**Visitenkarten** fertig an die Buchdruckerei von Tricot, Meyer & Co.

Verlege mein Geschäft ab 7. d. Nrs. nach **Obertrave 7.**  
 Ernst Hasselwander, Schlächtere und Würstmacherei.  
 8081)

**Ehlers & Reetwisch**  
 Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.  
**Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.**  
 Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.  
 1025a



**Beitragsmarken** für Vereine und Gewerkschaften  
 fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung  
**Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co**

**alte Maschinen** Dampf-, Schmelz-, Spänes, Schmelz-, Gußbrüche.  
**Metalle,** Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Eisen, Späne  
**Leon Lissianski,** Kanalstr. 21 Obertrave 19. Großhandel. Fernruf 876. Großhandel.  
**Papier** laufe  
 laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede, Fabrikationsbetriebe.  
 1967)